

Chile

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	4
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	12
Bewaffnung der Streitkräfte	14
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	18
Polizei und andere Sicherheitskräfte	20
Diversität in den Sicherheitskräften	21

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	23
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	23
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	24
Innere Lage im Empfängerland	28
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	31
Bedrohung von Alliierten	33
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	33
Unerlaubte Wiederausfuhr	36
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	37

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Chile ist traditionell ein wichtiges Empfängerland deutscher Rüstungsgüter. In den letzten zwanzig Jahren betragen die deutschen Rüstungsexporte nach Chile durchschnittlich zweistellige Millionenbeträge. Geliefert wurden vor allem Panzer und gepanzerte Fahrzeuge sowie Hochseepatrouillenboote. Immer wieder wurden in der Vergangenheit jedoch auch Ausföhren verweigert, zumeist mit Verweis auf das „Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland“ bzw. der „Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen“. Neben Deutschland, welches an dritter Stelle unter den Exportnationen steht, sind auch das Vereinigte Königreich, Australien und die USA wichtige Lieferanten von Großwaffensystemen.

Chile selbst verfügt über eine eigene rüstungsindustrielle Basis, welche zum großen Teil aus staatlichen Betrieben besteht. Sie produziert überwiegend in Lizenz und für den Bedarf der eigenen Sicherheitskräfte und deckt alle Sparten der Streitkräfte ab. In Bezug auf Forschung und Entwicklung sind die Kapazitäten jedoch begrenzt. Als Exportnation ist Chile bisher kaum in Erscheinung getreten.

Das chilenische Militär umfasst insgesamt 68.500 Soldat:innen. Dabei entfallen 37.650 Soldat:innen auf das Heer, 19.800 Soldat:innen auf die Marine und 11.050 Soldat:innen auf die Luftwaffe. Zusätzlich sind 19.100 Reservist:innen dem Heer zugeordnet. Das Land unternahm in den vergangenen Jahren verstärkt Bemühungen, NATO-Standards zu erreichen. Derzeit zählen die chilenischen Streitkräfte in Südamerika zu den fähigsten Streitkräften und verfügen über eine gute Ausrüstung.

Chilenische Soldat:innen sind derzeit im Rahmen der europäischen „Operation Althea“ in Bosnien und Herzegowina, im Zuge der UN-Missionen UNFICYP (United Nations Peacekeeping Force in Cyprus) auf Zypern und mit UNTSO (United Nations Truce Supervision Organization) im Mittleren Osten im Einsatz.

Historisch bedingt ist das Verhältnis zwischen Militär und Sicherheitskräften und der breiteren Bevölkerung durchaus ambivalent. So waren das Militär, und einige Polizeieinheiten – allen voran die Carabineros de Chile – maßgeblich an der Repression der politischen Opposition zu Zeiten der Militärdiktatur (1973-1988) beteiligt. Die Aufarbeitung der Vergangenheit und die strafrechtliche Verfolgung der diversen Menschenrechtsverbrechen gestalteten sich ob personeller Kontinuitäten und einer unter Pinochet erlassenen Amnestie auch nach der Transition schwierig. Allgemein wird Chile unter den jüngeren Demokratien in Hinblick auf die zivile Kontrolle des Militärs recht gute Noten ausgestellt. Einzig das militärische Beschaffungswesen unterliegt kaum der zivilen bzw. parlamentarischen Kontrolle. Darüber hinaus bleibt das Verhältnis zwischen Militär und Bevölkerung belastet: So gaben 2018 nur 49 % der Chilen:innen an, dem Militär zu. Unter Nutzung der Notstandsregelungen setzte im Jahr 2019 der damalige Präsident Sebastián Piñera neben den Carabineros auch das Militär ein, um Proteste wegen Fahrpreiserhöhungen niederzuschlagen, was zu einer sehr hohen Zahl an Verletzten führte. Straffreiheit für Streitkräfte oder Polizist:innen bleibt aber ein großes Problem.

Im Gegensatz zur Wahrnehmung der Armee, änderte sich in den letzten Jahren angesichts sehr hoher Kriminalitäts- und insbesondere Mordraten jedoch das Image der Polizei bzw. der Carabineros. Wurden insbesondere letztere in der Vergangenheit oft als Repressionsorgan wahrgenommen, sind sie heute mehrheitlich als legitimes Sicherheitsorgan anerkannt und erreichen gute Zustimmungswerte von der Bevölkerung.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Gegen Chile bestehen weder EU- noch UN-Waffenembargos. Es hat nahezu alle zentralen internationalen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsabkommen ratifiziert. Die Verpflichtungen werden auch grundsätzlich eingehalten und implementiert.

Chile ist zudem sämtlichen wesentlichen UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten und erkennt die Zuständigkeit zentraler Kontrollorgane an. Die Menschenrechtssituation gilt institutionell als gefestigt, weist jedoch Defizite auf: exzessive Polizeigewalt während der Proteste 2019, Misshandlungen, Folter und sexualisierte Gewalt in Haft. Hinzu kommen Spannungen mit indigenen Gemeinschaften (insb. Mapuche) sowie eine nur eher schleppende Aufarbeitung von Verbrechen der Militärdiktatur unter Augusto Pinochet. Strafverfolgung erfolgt grundsätzlich, jedoch nicht in allen Fällen konsequent.

Das Land ist eine stabile Demokratie ohne bewaffneten Konflikt – auch wenn durchaus einige Spannungen, insb. hinsichtlich ökonomischer Ungleichheit und Landverteilungsfragen bestehen. Reaktionen auf soziale Proteste (bspw. 2019) sowie Gewaltakte im Kontext des Mapuche-Konflikts (terroristische Anschläge, meist aber nur mit Sach-, seltener mit Personenschaden) beeinträchtigen aber lokal die Sicherheitslage. Auch organisierte Kriminalität wie Waffen-, Menschen-, und Drogenhandel sind ein Problem, insb. in der Hauptstadt. Staatliche Institutionen sind aber funktionsfähig und gehen aktiv und umfassend gegen den Menschenhandel und andere Art von Kriminalität vor – auch wenn sie selbst mit Korruption kämpfen. Entsprechende einschlägige Vertragswerke hat Chile allesamt ratifiziert.

In der Region gilt Chile weithin als einer der stabilsten Staaten. Das Land befindet sich jedoch in einem Umfeld, welches in warnendem oder gar im alarmierenden Maße (Venezuela) von staatlicher Fragilität betroffen ist. Leidglich Chile und Uruguay weisen in der Region ein relativ hohes Maß an Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit auf. Frühere Grenzstreitigkeiten wurden teilweise völkerrechtlich geregelt, andere gelten als eingefroren.

Die Gewährleistung des Endverbleibs ist in Chile jedoch als problematisch zu betrachten. Zum einen wurden in der Vergangenheit Waffen bewusst illegal wieder ausgeführt und dabei auch teilweise gegen UN-Embargos verstoßen (letzter Fall allerdings in den 1990er Jahren), zum anderen werden immer wieder Waffen aus den Beständen der nationalen Polizei und Armee entwendet. Allein zwischen 2010 und 2016 wurden 8.449 Waffen entwendet. Zuletzt wurde bspw. 2022 ein ziviler Angestellter der Armee verhaftet, da er 50 Pistolen gestohlen hatte. Generell ist die Korruption innerhalb der Armee hoch.

Der Weltbank zufolge gehört Chile mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 15.750 US-Dollar (2024) zu den Ländern mit einem hohen Einkommen („high income economies“). Chile weist konstante Human Development Index-Werte auf, die dem Land eine „sehr hohe menschliche Entwicklung“ attestieren. Das Land ist im Vergleich zu seinen Nachbarländern recht hoch militarisiert. Chile belegte auf dem Ranking des Globalen Militarisierungsindex (GMI) 2025 allerdings nur den 68. Rang, was einer „moderaten“ Militarisierung entspricht; mit zuletzt 1,6 % des BIP gibt das Land nicht übermäßig viel für sein Militär aus.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 2002-2024 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in % des Gesamtwertes	Gesamtwert
2002	Schiffsnavigationssysteme, Teile für U-Boote, Sonaranlagen, Echolotanlagen und Schiffsnavigationssysteme: 42,7 % Bergepanzer, LKW, Teile für Panzer und gepanzerte Fahrzeuge: 33,2 % Nebelwurfkörper, Teile für Torpedos und Täuschkörper-Wurfanlagen: 6,7 %	18,6
2003	Teile für Panzer und gepanzerte Fahrzeuge: 34,4 % Nebelwurfkörper und Teile für Torpedos: 24,3 % Ladestation für Torpedo-Übungsbatterien: 11,2 % Wartungs- und Instandsetzungsausrüstung für Panzer, Komponenten für Tarnfarben und Teile für Tauchgeräte: 9,3 % Munition für Jagd- und Sportwaffen und Munitionsteile für Jagd- und Sportwaffen und Mörser: 7,3 %	7,7
2004	Teile für Panzer und gepanzerte Fahrzeuge: 37,7 % Maschinenkanonen und Teile für Maschinenkanonen, Nebelwerfer und Pyrotechnische Werfer: 32,9 % Nebelwurfkörper und Bauteile für Torpedos: 6,6 % Teile für Funkgeräte und Radarsysteme: 6,4 % Ballistische Messanlagen: 4,2 %	2,4
2005	Pionierpanzer, Brückenlegepanzer, Minenräumpanzer, Brückentransportpanzer, LKW, Sattelzugmaschinen und Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, Radpanzer, gepanzerte Fahrzeuge: 76,1 % Fertigungsunterlagen für Mörserzünder, Technische Unterlagen für Panzer, für Patrouillenboote und Torpedo-Übungsbatterien: 8,0 %	16,0
2006	Panzer, Fahrschulpanzer und Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge: 71,7 % Geschwindigkeitsmessanlagen und Sonderwerkzeuge: 10,1 %	88,8
2007	LKW und Teile für Panzerhaubitzen, Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, fahrendes Bohrgerät: 28,8 % Geschwindigkeitsmesssystem, Sonderwerkzeuge, Sonderbetriebsmittel und Umweltprüfgeräte: 25,5 % Panzerbildungsgeräte: 16,6 % Maschinengewehre, Pistolen, Sportpistolen, Waffenzielgeräte und Teile für Sportpistolen: 11,4 %	2,0
2008	Teile für U-Boote und Sonaranlagen: 49,4 % Schützenpanzer, gepanzerte Krankenfahrzeuge, Minenräumgeräte und Teile für selbstfahrende Bohrgeräte, gepanzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 22,2 % Kanonenmunition und Teile für Haubitzenmunition: 19,2 %	12,2
2009	Kampfpanzer, gepanzerte Fahrzeuge, LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 91,8 %	72,4

Jahr	Güter / in % des Gesamtwertes	Gesamtwert
2010	Bergepanzer und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge: 77,3 % Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Echolotanlagen: 18,1 %	16,9
2011	LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Minenräumgeräte: 34,3 % Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Wanderfeldröhren, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Prüfausrüstung: 15,7 % Munition für Kanonen und Granatmaschinenwaffen: 15,2 % Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 13,4 % Waffensimulator und Teile für Flugsimulator, Waffensimulator: 10,8 %	26,6
2012	LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Minenräumgeräte, Landfahrzeuge: 44,9 % Flugkörper, Ausrüstung für Bodenstationen und Teile für Torpedos, Flugkörper, Bodenstationen: 20,8 % Teile für U-Boote, Patrouillenboote und Echolotanlagen: 20,7 %	25,5
2013	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Stromversorgungen: 40,5 % LKW und Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, Minenräumgeräte, LKW: 27,6 % Ausbildungsausrüstung, Fahrsimulator und Teile für Ausbildungsausrüstung, Fahrsimulator: 16,5 %	22,4
2014	LKW u. Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 42,8 % Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 36,3 % Maschinengewehre, Revolver, Pistolen, Jagdgewehre, Mündungsfeuerbremsen und Teile für Maschinengewehre, Revolver, Pistolen, Jagdgewehre, Rohrwaffen-Lafetten: 9,6 %	12,5
2015	Teile f. Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge u. Transportpanzer: 48,5 % Echolotanlage und Teile für U-Boote, Fregatten, Patrouillenboote, Unterwasserortungsgeräte: 43,0 %	22,9
2016	LKW und Teile für Kampfpanzer, gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Minenräum-ausrüstung: 90,6 %	43,3
2017	Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Fregatte, Patrouillenboote, Kampfschiffe, Unterwasserortungsgeräte: 47,6 % IFF-System, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für IFF-System, Kommunikationsausrüstung und Navigationsausrüstung: 30,2 % Mobilkran und Teile für Kampfpanzer, gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 6,7 %	8,5
2018	Feuerleiteinrichtungen, Zielentfernungsmesssysteme und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Rohrwaffenrichtgeräte, Zielzuordnungssysteme, Zielentfernungsmesssysteme: 66,2 % Teile für Kampfpanzer und gepanzerte Fahrzeuge: 23,9 %	24,0
2019	Teile für U-Boote, Fregatten, Kampfschiffe, U-Boot-Dieselmotoren und Unterwasserortungsgeräte: 68,3 % Teile für Kampfpanzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge u. LKW: 11,9 %	27,3
2020	Feuerleiteinrichtungen, Zielentfernungsmesssysteme, Justierausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Zielentfernungsmesssysteme: 52,3 % Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Kampfschiffe, U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte	12,1

Jahr	Güter / in % des Gesamtwertes	Gesamtwert
2021	Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Kampfpanzer und Panzerhaubitzen: 53,3 % Teile für U-Boote und U-Boot-Dieselmotoren: 28,9 %	13,3
2022	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Kampfpanzer, Panzerhaubitzen: 54,8% Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 28,3%	12,47
2023	Teile für U-Boote, U-Boot-Dieselmotoren und Unterwasserortungsgeräte: 49,8% Feuerleiteinrichtungen, Zielentfernungsmesssysteme und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Prüfausrüstung: 24,5% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 16,5%	24,93
2024	Teile für Zielentfernungsmesssysteme: 39,6% Revolver und Waffenzielgeräte: 31,6% Teile für Bildverstärkerausrüstung: 24,6%	0,13

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2002-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 2002–2024

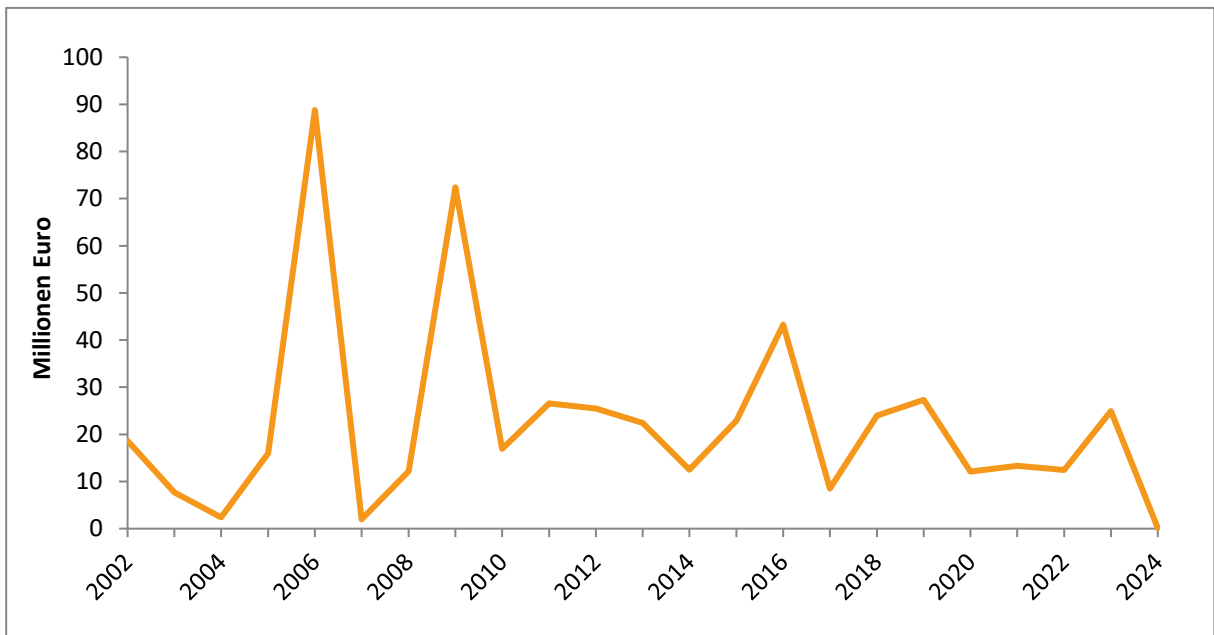


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Chile 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
24	MTU-396	Dieselmotor	1999	2000	24	Neuwertig
8	MTU-396	Dieselmotor	1997	2005-2006	8	Neuwertig
2	OPV-80	Hochseepatrouillenboot	2005	2008-2009	2	Neuwertig
(172)	Leopard-2A4	Panzer	2006	2007-2009	(172)	Gebraucht
(120)	Marder-1A3	Schützenpanzer	2008	2009-2010	(120)	Gebraucht, modernisiert
(10)	BPz-2	Bergepanzer	2009	2011-2012	10	Gebraucht
(24)	M-113	Gepanzerter Mannschaftstransporter	2009	2011-2012	(24)	Gebraucht
(146)	Marder-1A3	Schützenpanzer	(2009)	2010-2011	(146)	Gebraucht
6	PiPz-2 Dachs	Pionierpanzer	2009	2012	(6)	Gebraucht
1	OPV-80	Hochseepatrouillenboot	2011	2014	1	Neuwertig
1	OPV-80	Hochseepatrouillenboot	2015	2017	1	Neuwertig
3	TRS-4D	Multifunktionsradar	2017	2019-2021	3	Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Chile ist regelmäßig Empfängerland deutscher Rüstungsgüter. Den Rüstungsexportberichten der Bundesregierung zufolge belaufen sich die deutschen Rüstungsexporte nach Chile in den letzten zwanzig Jahren durchschnittlich auf zweistellige Millionenbeträge. In den letzten zwanzig Jahren erreichten die deutschen Rüstungsexporte 2006 mit rund 88,8 Millionen Euro ihren Höhepunkt. Damals bestellte Chile dem schwedischen Friedens- und Konfliktforschungsinstitut SIPRI zufolge 172 deutsche Leopard-2A4 Panzer. Im Jahr 2009 waren die deutschen Rüstungsexporte mit 72,4 Millionen Euro erneut vergleichsweise hoch. Laut SIPRI Trade Register empfing Chile hier deutsche Bergepanzer, Schützenpanzer, Pionierpanzer und gepanzerte Mannschaftstransporter. In den letzten zehn Jahren wurde 2016 mit 43,3 Millionen Euro ein Höchstwert erreicht. Diese kamen durch die Ausfuhr von LKWs und dazugehörigen Teile, Teilen für gepanzerte Fahrzeuge und Kampfpanzer sowie für Minenräumungszustände.

Deutschland lieferte in überwiegend Teile für U-Boote und andere Schiffe, Sonar- und Echolotanlagen, Teile für Panzer, Panzerhaubitzen sowie gepanzerte Fahrzeuge (wie etwa Kampf-, Berge-, Minenräum- oder Pionierpanzer), LKWs, Waffen, (wie Maschinenkanonen, Maschinengewehre, Pistolen, Revolver sowie Jagdgewehre), Munition und Ausrüstung

(Kommunikations-, Navigations-, Prüf-, Ausbildungs-, Minenräumausrüstung) nach Chile. Darüber hinaus wurden in den letzten zwanzig Jahren insgesamt vier deutsche Hochseepatrouillenboote (OPV-80) in Chile in Lizenz produziert, welche von der deutschen Fassmer GmbH & Co. KG entwickelt wurden.

Deutschland hat in der Vergangenheit jedoch auch regelmäßig Ausfuhren von Rüstungsgütern nach Chile abgelehnt; so geschehen in zehn der letzten zwanzig Jahre. Dies erfolgte entweder ohne Verweis auf einen Grund (2002, 2005, 2010 und 2017), mit dem Hinweis auf einen möglichen Verstoß gegen die Feuerwaffen-Verordnung (2015), mit einem Verweis auf die nationale Politik Chiles (2020), am häufigsten jedoch mit Verweis auf einen möglichen Verstoß Chiles gegen Kriterium 7 („Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland“) des Gemeinsamen Standpunktes der Europäischen Union: So lehnte Deutschland 2006, 2007, 2011, 2012, 2015, 2018 und 2020 einzelne Ausfuhren von Rüstungsgütern nach Chile mit Verweis auf dieses Kriterium ab. Vom Wert lagen diese abgelehnten Ausfuhren jedoch, in Vergleich zu den bewilligten Ausfuhren, in sehr niedrigen Bereichen (zwischen 3.500 Euro und 18.350 Euro).

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Chile 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	304	66	207	9	14	599

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

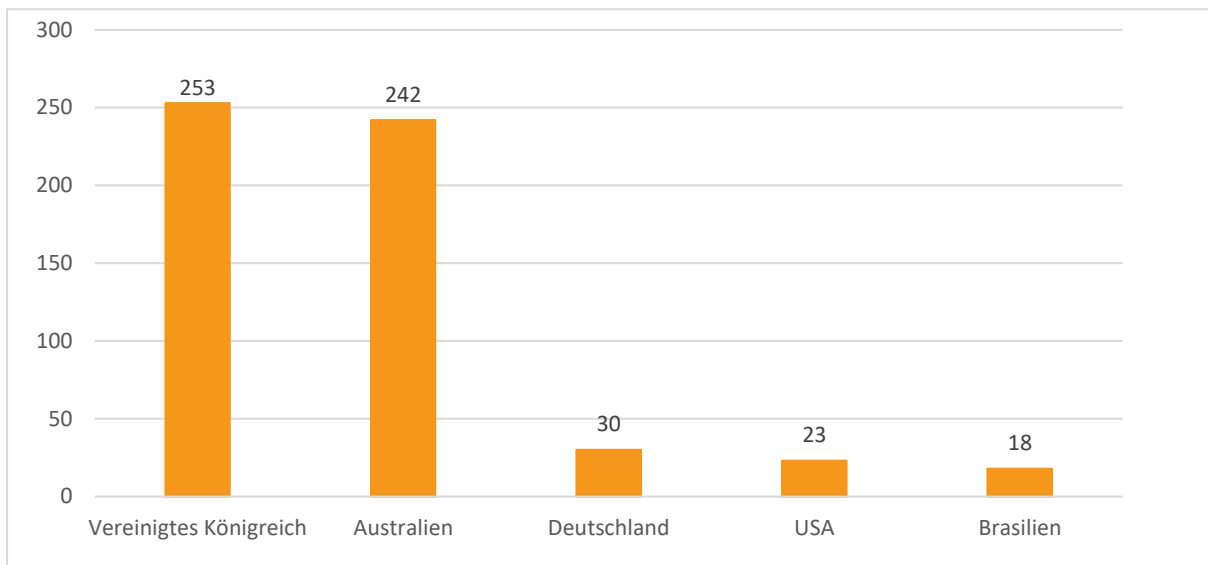
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Chile 2020-2024, Mio. TIV

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	15	15	-	-	-	30

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert wieder. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://sipri.org/databases/armstransfers/sources-and-methods#TIV-tables>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Im Zeitraum 2020 bis 2024 rangierte Chile unter den Rüstungsimporteuren weltweit an 47. Stelle. Besonders 2020 und 2022 waren die Importe von Großwaffensystemen hoch. In diesen Jahren bezog es Großwaffensysteme im Wert von 242 Millionen TIV aus Australien (2020) und im Wert von 200 Millionen TIV aus dem Vereinigten Königreich (2022). Diese beiden Länder lieferten in der Periode 2020 bis 2024 zusammen rund 82 % der chilenischen Großwaffenimporte.

Der wichtigste Exporteur nach Chile in den letzten fünf Jahren war demnach das Vereinigte Königreich, dicht gefolgt von Australien. Aus dem Vereinigten Königreich orderte Chile 2021 zwei ausgemusterte, luftgestützte E-3A Sentry Frühwarnflugzeuge sowie ein weiteres desselben Typs als Ersatzteilspender. Diese wurden 2022 ausgeliefert. Das Vereinigte Königreich exportierte zwischen 2019 und 2021 außerdem 150 Flugabwehrraketen für Chiles modernisierte Typ-23 Fregatten.

Aus Australien kaufte Chile 2019 zwei ausgemusterte Perry Fregatten, die 2020 geliefert wurden. Ferner bezog Chile im Jahr 2020 16 australische Flugabwehrraketen, mit denen die bereits erwähnten Fregatten der Perry Klasse bestückt werden sollen.

Deutschland lieferte zwischen 2019 und 2021 jeweils Großwaffensysteme im Wert von 15 Mio. TIV, welche sich ausnahmslos drei deutschen TRS-4D Multifunktionsradaren zur Modernisierung von drei Typ-23 Fregatten zuordnen lassen.

Mit einem Exportvolumen von 23 Millionen TIV waren die USA viertwichtigster Lieferant von Großwaffensystem in den letzten fünf Jahren. Chile importierte aus den USA 2018 sechs S-70 Black Hawk Transporthubschrauber, die bereits 2016 geordert worden waren. Im Jahr 2018 bestellte Chile zudem 44 US-amerikanische Lenkbomben, die 2019 ausgeliefert wurden; 2019 orderte es zwei ausgemusterte C-130H Hercules Transportflugzeuge, die es 2021 in Empfang genommen wurden.

Brasilien, welches der fünftgrößte Exporteur von Großwaffensystemen nach Chile war, exportierte in den letzten fünf Jahren insgesamt zehn EMB-314 Super Tucano Trainingsflugzeuge.

Betrachtet man die letzten zwanzig Jahre wird ersichtlich, dass Deutschland traditionell ein wichtiger Lieferant von Großwaffensystemen für Chile ist. Zwischen 2008 und 2010 wurden aus Deutschland jeweils im dreistelligen Millionenbereich Großwaffensysteme nach Chile exportiert. Geliefert wurden in diesem Zeitraum zwei Hochseepatrouillenboote, 172 gebrauchte Leopard-2A4 Kampfpanzer sowie insgesamt 266 ausgemusterte und teilweise modernisierte Marder-1A3 Schützenpanzer (siehe vorherigen [Kommentar](#)). Damit bezog Chile im Zeitraum zwischen 2005 und 2024 rund 15 % all seiner Großwaffensysteme, wie von SIPRI gelistet, aus Deutschland.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

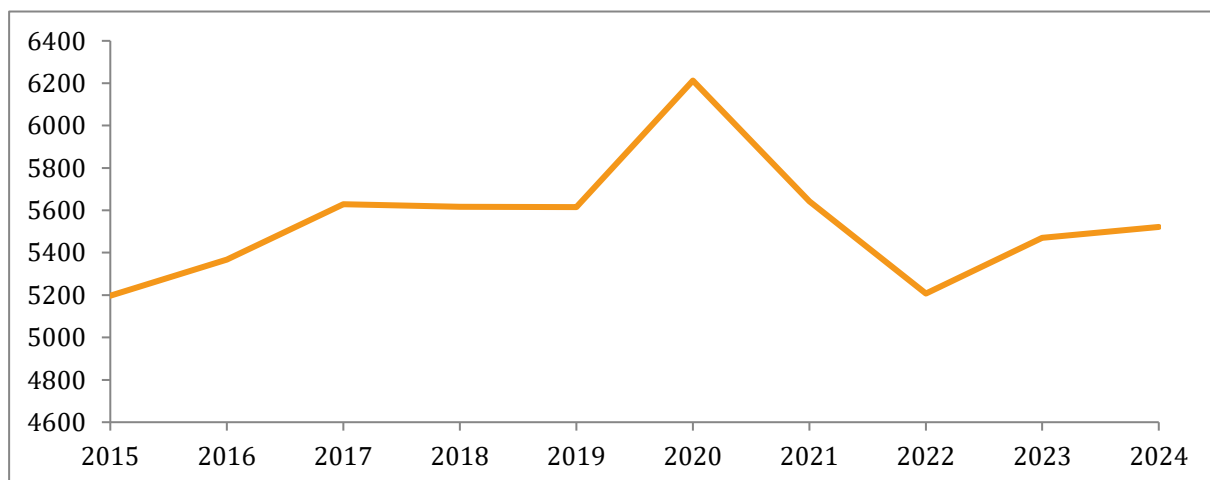
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	6212	5643	5207	5470	5521
Anteil am BIP (in %)	2,1	1,6	1,5	1,6	1,6
Anteil an Staatsausgaben (in %)	7,1	4,9	5,8	6,0	5,8

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

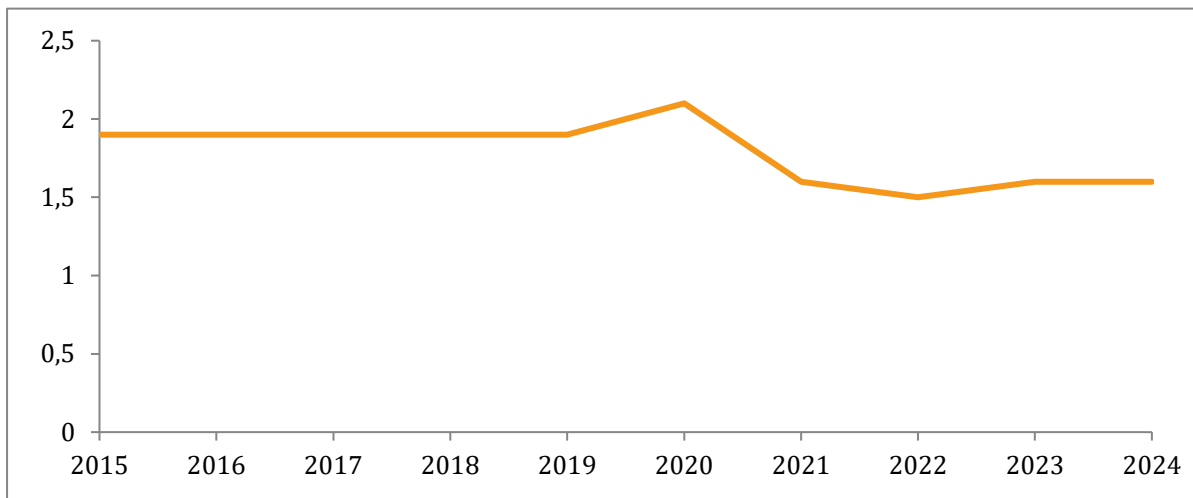
Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in %)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

Lokale Rüstungsindustrie

Chile besitzt eine eigene rüstungsindustrielle Basis. Diese besteht zum großen Teil aus staatlichen Betrieben, deren Geschichte zum Teil bis zur Unabhängigkeit zurückreicht und die unter Pinochet in den 1980er Jahren nochmals gefördert wurden. Die chilenische Rüstungsindustrie produziert überwiegend in Lizenz und für den Bedarf der eigenen Sicherheitskräfte und ist somit Ausdruck des staatlichen Bestrebens nach mehr Autonomie in diesem Sektor. Entsprechend decken staatliche Betriebe auch alle Sparten der Streitkräfte (Luftwaffe, Marine und Heer) ab. Als Exportnation ist Chile bisher kaum in Erscheinung getreten. Eine privatwirtschaftliche Rüstungsindustrie existiert lediglich in geringem Umfang.

Im Bereich des militärischen Schiffbaus ist Astilleros y Maestranzas de la Armada (ASMAR) mit etwa 3.000 Beschäftigten das größte Staatsunternehmen. Das 1960 gegründete Unternehmen geht auf die 1895 gegründeten Arsenales de Marina zurück und bietet an drei Standorten Dienstleistungen wie Wartung und Reparaturen für Schiffe der chilenischen Marine an. Zudem werden Landungsschiffe der Batral Klasse und Patrouillenboote der OPV-80 Klasse vor Ort gefertigt. Beide sind in Nutzung durch die chilenische Marine. Letztere wurden von der deutschen Fassmer GmbH & Co. KG entwickelt und werden nun vor Ort in Lizenz gebaut. Für erstere erwarb ASMAR die Pläne vom französischen Hersteller DCN in Brest, nachdem das französische Militär die Schiffe ausgemustert hatte. Zudem baute ASMAR einen Eisbrecher (Almirante Viel; Inbetriebnahme durch die Marine erfolgte in 2024) und baut derzeit an vier Landeplatzdocks (Escotillón IV Projekt).

Auch der militärische Flugzeugbau hat in Chile Tradition. Zunächst produzierte ab 1980 die IndAer, ein Unternehmen im Besitz der chilenischen Luftwaffe, in Kooperation mit dem US-amerikanischen Hersteller Piper Aircraft lokal Flugzeuge des Typs PA-28 Dakota und T-35 Pillan für die Luftwaffe. Die T-35 wurden auch in diverse Länder, etwa nach Paraguay, Guatemala, Mauritius, El Salvador, Ecuador und die Dominikanische Republik exportiert. Das Unternehmen wurde ab 1984 reorganisiert und in ein staatliches Unternehmen, die Empresa Nacional de Aeronáutica de Chile (ENAER), überführt, welches nicht mehr direkt der

Luftwaffe unterstand. Das Unternehmen produzierte seitdem diverse Flugzeuge, wie das spanische Trainingsflugzeug CASA C-101 (in Chile designiert als T-36 Halcón), lokal in Lizenz. Inzwischen gehören aber auch unbemannte Drohnen und Equipment zur elektronischen Kriegsführung zum Portfolio des Unternehmens.

Für die Bedarfe des Heeres produziert die im Staatsbesitz befindliche Fábricas y Maestranzas del Ejército (FAMAE) Kleinwaffen und zugehörige Munition, aber auch gepanzerte Fahrzeuge und Raketen. Etliche Waffen, wie das SIG-FAMAE SG 542-1, SG 540 oder SG 543, werden dabei in Lizenz gebaut.

Obgleich die chilenische Rüstungsindustrie eine lange Tradition hat, viele unterschiedlichen Systeme vor Ort produziert und somit dem Land eine grundlegende Unabhängigkeit von Importen beschert, sind ihre Kapazitäten im Bereich Forschung und Entwicklung begrenzt. Hierzu kooperiert das Land insb. mit Brasilien und Kolumbien. Die Mehrzahl der Systeme wird aber in Lizenz produziert oder beruht auf Entwicklungen ausländischer Hersteller. Im internationalen Vergleich ist die Rüstungsindustrie in Chile als eher klein und wenig wettbewerbsfähig zu bezeichnen. So befindet sich kein chilenisches Unternehmen in der vom schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI herausgegebenen Liste der 100 größten Rüstungsunternehmen weltweit. Es belegt zudem lediglich den 59. Platz unter 65 von SIPRI gelisteten Exportländern.

Die drei staatlichen Unternehmen ASMAR, ENAER und FAMAE hatten 2022 zusammen einen Umsatz von rund 280 Mio. US-Dollar und beschäftigten insgesamt rund 3.730 Personen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja; Heer: 12 Monate, Marine: 18 Monate, Luftwaffe: 12 Monate. Gesetzlich kann die Wehrpflicht bis zu zwei Jahre umfassen.

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

68.500 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 37.650

Marine: 19.800

Luftwaffe: 11.050

Reserve: 19.100 (Heer)

Gendarmerie und Paramilitär: 44.700, davon:

Carabineros: 44.700

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6
Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	65	77	77	77	77	69	69	69	69
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	3,5	4,2	4,1	4	4	3,5	3,5	3,5	3,5

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Kommentar

Das chilenische Militär umfasst dem International Institute for Strategic Studies zufolge insgesamt 68.500 Soldat:innen. Von diesen entfallen 37.650 Soldat:innen auf das Heer, 19.800 Soldat:innen auf die Marine und 11.050 Soldat:innen auf die Luftwaffe. Zusätzlich sind 19.100 Reservist:innen dem Heer zugeordnet. Damit beträgt das Verhältnis von Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen 3,5, was leicht unter dem weltweiten Durchschnitt von 3,7 und zum Teil deutlich über dem der Nachbarländer liegt (Argentinien 1,6; Bolivien 2,7; Peru 2,4) (Stand 2024). Die chilenischen Streitkräfte unterstehen dem Verteidigungsministerium. Oberste Befehlsgewalt des Militärs liegt bei dem:der chilenischen Präsident:in.

Die chilenischen Streitkräfte zählen in Südamerika zu den fähigsten Streitkräften in Hinblick auf Training und Logistik und verfügen über eine gute Ausrüstung. Das Land unternahm in den vergangenen Jahren verstärkt Bemühungen, NATO-Standards zu erreichen. Chiles verteidigungspolitisches Weißbuch von 2017 hat die Wahrung der chilenischen Souveränität und territorialen Integrität als traditionell zentrale Aufgabe der Streitkräfte hervorgehoben; gleichzeitig zeichnete sich mit dem Papier ein Wandel hin zu nicht-traditionellen Rollen des Militärs ab. So werden auch die Katastrophenhilfe, humanitären Unterstützung und Friedenssicherung als Aufgaben festgeschrieben. 2021 erhielten die chilenischen Streitkräfte zudem die Aufgabe, Menschenhandel und -schmuggel sowie illegale Einwanderung in Grenzregionen zu bekämpfen. Die Nationale Verteidigungs- und Sicherheitsstrategie für die Jahre 2012 bis 2024 hatte eine Erhöhung der Kooperation des Militärs mit zivilen Stellen – unter anderem hinsichtlich innerer Sicherheit, Drogenbekämpfung und Cybersicherheit – zur Priorität erklärt.

Chile unterhält gemeinsam mit Argentinien eine Friedenssicherungstruppe, die Combined Southern Cross Peacekeeping Force, die den Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt werden soll. Diese besteht aus einem chilenischen und einem argentinischen Bataillon, einer Kommando- und Unterstützungskompanie, einer Luft- und einer Marinekomponente sowie einer gemeinsamen Logistikeinheit.

Chile hat Soldat:innen im Ausland stationiert: Derzeit befinden sich im Rahmen der europäischen "Operation Althea" (EUFOR) sechs chilenische Soldat:innen in Bosnien und Herzegowina, sechs chilenische Soldat:innen im Zuge der UN-Mission UNFICYP (United Nations Peacekeeping Force in Cyprus) auf Zypern und drei chilenische Soldat:innen im Mittleren Osten. Letztere sind dort an der Peacekeeping Operation UNTSO (United Nations Truce Supervision Organization) beteiligt.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	170	140 Leopard 2A4 und 30 Leopard 1V
Schützenpanzer	191	Großteils Marder 1A3
Bergepanzer	30	BPz-2
Pionierpanzer	6	Dachs
Brückenlegepanzer	13	Biber
Minenfahrzeuge	Mehr als 8	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	445	
Artillerie	1398	
Panzerabwehr	Einige	Tragbare Panzerabwehrlenk Waffen-systeme und rückstoßfreie Ab-schussgeräte
Luftabwehr	41	Anzahl der Luftabwehrgeschütze; zusätzlich einige Flugabwehrraketen (Mistral)
Aufklärungshubschrauber	9	Alle kampffähig
Transporthubschrauber	17	
Transportflugzeuge	10	

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Dem International Institute for Strategic Studies (IISS) zufolge verfügt Chiles Heer über 170 Kampfpanzer, bestehend aus 30 des Typs Leopard I und 140 des Typs Leopard II. Die 191 Schützenpanzer des Heeres sind größtenteils vom Typ Marder I. Die gepanzerten Mannschaftstransporter bestehen aus 306 Fahrzeugen vom Typ M113A1/A2 und aus 139 Fahrzeugen vom Typ Piranha. Außerdem verfügt das chilenische Heer über sechs Pionierpanzer 2 Dachs, 30 gepanzerte Bergfahrzeuge (Typ: BPz-2) und 13 Brückenlegefahrzeuge (Typ: Biber). Zur Panzerabwehr besitzt das Heer eine nicht spezifizierte Anzahl an tragbaren Panzerabwehr lenk waffen systemen (Typ: Spike-LR/ER) und rückstoßfreien Abschussgeräten (unter anderem vom Typ Carl Gustaf). Zur Luftabwehr befinden sich einige Boden-Luft-Raketen vom Typ Mistral sowie 41 Luftabwehrgeschütze im Einsatz. Unter die Artilleriegeschütze fallen 48 Selbstfahrlafetten, 239 gezogene Geschütze, 12 Raketenwerfer und 1.099 Mörser. Zusätzlich verfügt das chilenische Heer über Fluggeräte, darunter zehn Transportflugzeuge (Typen: C-212-300 Aviocar, Cessna 208 Caravan, CN235), neun bewaffnete Aufklärungshubschrauber (Typ: MD-530F Lifter) sowie 17 Transporthelikopter (Typen: AS532AL/Le Cougar, SA330 Puma, H125 Ecureuil, AS355F Ecureuil II).

Chile hat für sein Heer in den letzten Jahrzehnten hauptsächlich Fahrzeuge, die von anderen Staaten ausgemustert wurden, importiert, sodass viel Equipment des Heeres gebraucht ist. So beschaffte es aus Deutschland 172 gebrauchte Leopard II Kampfpanzer und insgesamt 266 Marder Schützenpanzer; die BPz-2 Bergepanzer sowie die Pionierpanzer vom Typ PiPz-2 Dachs, die sich im Einsatz des Heeres befinden, stammen ebenfalls aus Deutschland und wurden gebraucht importiert. Auch gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ M-113 beschaffte Chile 2011 bis 2012 gebraucht aus Deutschland. Einige hundert ausgemusterte Fahrzeuge dieses Typs hatte das Land Anfang des Jahrtausends bereits aus Italien und den USA importiert. Gebrauchte, vor der Lieferung modernisierte Leopard I Kampfpanzer haben auch die Niederlande im Jahr 2000 an das chilenische Heer übergeben. Im vergangenen Jahr (2022) lieferte Neuseeland 22 ausgemusterte Piranha-3 Schützenpanzer an das chilenische Heer. Die Spike-MR/LR Panzerabwehrraketen, über die Chile verfügt, wurden zwischen 2004 und 2012 aus Israel beschafft. 2013 erwarb Chile schätzungsweise zehn tragbare Mistral Boden-Luft-Raketen aus Frankreich für sein Heer. Für das Heer bezog Chile zudem Selbstfahrlafetten, welche 2006 aus der Schweiz sowie 2012 und 2015 aus den USA geliefert wurden.

Für gewöhnlich werden gebrauchte importierte Güter von den einheimischen Unternehmen überholt oder modernisiert. So werden derzeit insb. die Leopard 2 und die Marder-Schützenpanzer im Rahmen des Projektes PROACO modernisiert (wobei in diesem Fall der entsprechende Unterauftrag von FAMAE im Jahr 2023 an das türkische Unternehmen ASELSAN ging). Das koordinierende chilenische Unternehmen (FAMAE) modernisiert hingegen weitere Geräte und entwickelt neue Handfeuerwaffen wie die Volcano-F Pistole. Bis 2028 soll die Modernisierung abgeschlossen werden.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	4	
Fregatten	8	
Patrouillenboote	12	
Amphibienfahrzeuge	7	
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	11	

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineinfanterie:

15 leichte Panzer (eingelagert)

22 Schützenpanzer

25 gepanzerte Mannschaftstransporter

39 Artilleriegeschütze
14 Flugabwehrraketensysteme

Küstenwache:
55 Patrouillenboote

Marineflieger (von der Luftwaffe unterhalten):
5 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr
8 Mehrzweckhubschrauber
11 Transporthubschrauber
4 Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr
4 Seefernaufklärungsflugzeuge (davon drei kampffähig)
7 Trainingsflugzeuge (alle kampffähig)
7 Aufklärungsflugzeuge

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Im Besitz der chilenischen Marine befinden sich dem IISS zufolge zwei O'Higgins (Scorpène) und zwei Thomson U-Boote. Die Marine setzt außerdem acht Fregatten ein. Hinzukommen zwölf Patrouillenschiffe der Typen Piloto Pardo, Casma und Micalvi, sieben amphibische Schiffe und 13 Logistik- und Unterstützungsschiffe.

Chile hat in den vergangenen Jahren Anstrengungen unternommen seine Fähigkeiten im Bereich der Überwachung von litoralen Gewässern sowie der Hochsee zu verbessern. Infolgedessen hat Chile in den letzten Jahrzehnten viele Importe zur Modernisierung und Ausstattung seiner Marine getätigt. Dabei wurden oft ausgemusterte Systeme importiert, die im Anschluss modernisiert wurden. Erst 2020 wurden zwei ausgemusterte australische Perry Fregatten geliefert, die mit schätzungsweise 16 Flugabwehrraketen, ebenfalls aus Australien, bestückt wurden. Zuvor sind zwischen 2005 und 2007 im Rahmen eines 350-380 Mio. US-Dollar-Geschäftes zwei gebrauchte Doorman und zwei gebrauchte Van Heemskerck Fregatten aus den Niederlanden beschafft worden; für letztere importierte Chile im selben Zeitraum ebenfalls rund 200 Flugabwehrraketen. Weitere vier Fregatten der Typen Typ-22/Typ-23 importierte Chile 2003 bzw. zwischen 2006 und 2008 aus dem Vereinigten Königreich, für die auch insgesamt 240 Flugabwehrraketen gekauft wurden. Im Jahr 2017 beschaffte Chile 150 Flugabwehrraketen für die Typ-23 Fregatten, die zwischenzeitlich mit deutschen Multifunktionsradaren modernisiert wurden. Von den vier U-Booten der chilenischen Marine wurden zwei in den letzten zwanzig Jahren gekauft: 2005 importierte Chile ein Scorpène U-Boot aus Frankreich und 2006 ein weiteres aus Spanien. Die Dieselmotoren für die genannten U-Boote stammen aus Deutschland. Für diese U-Boote wurden ebenfalls Anti-Schiff-Raketen und Torpedos zur U-Boot-Abwehr gekauft. Die beiden weiteren U-Boote (209/1400) wurden von der deutschen Werft HDW für die chilenische Marine gebaut und zwischen 2007 und 2009 bzw. 2009 und 2012 modernisiert. Beide deutschen U-Boote sind aber bereits seit 1984 in Dienst. Daneben hat Chile 2011 ein ausgemustertes CDIC-Landungsschiff aus Frankreich in Dienst gestellt und regelmäßig deutsche Hochseepatrouillenboote vom Typ OPV-80 erworben bzw. in Lizenz gebaut.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeug	48	
Jagdbomber	10	
Aufklärer	3	
Tankflugzeuge	3	
Tank- und Transportflugzeuge	2	
Transportflugzeuge	33	Davon sechs Passagiermaschinen
AWACS	2	
Ausbildungsflugzeuge	57	Davon 22 bewaffnet
Transporthubschrauber	25	
Mehrzweckhubschrauber	12	
Drohnen	Bis zu 3	Zur Aufklärung
Luftabwehr	17	Zahl der Raketen, zusätzlich einige Geschütze
Raketen	Einige	

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Chiles Luftwaffe besteht laut dem IISS aus 80 kampffähigen Flugzeugen, die sich aus 48 Jagdbombern, zehn Abfangjägern und 22 bewaffneten Trainingsflugzeugen zusammensetzen. Bis 2023 waren zudem noch 16 Erdkampfflugzeugen (Typ: C-101CC Aviojet) im Dienst, welche vermutlich ausgemustert wurden, deren Verbleib allerdings derzeit unklar ist. Hinzu kommen drei Cessna O-2A Aufklärungsflugzeuge, zwei E-3D Sentry AWACS, drei KC-135 Stratotanker Tankflugzeuge und zwei KC-130R Hercules Tankflugzeuge. Die Transportflugzeugflotte besteht aus 33 Maschinen, von denen sechs Passagiermaschinen sind. Chiles Luftwaffe unterhält ferner zwölf Bell 412EP Twin Huey Mehrzweckhubschrauber und 25 Transporthelikopter. Auch drei Hermes Aufklärungsdrohnen befinden sich im Einsatz der chilenischen Luftwaffe. Zur Flugabwehr besitzt die Luftwaffe Boden-Luft-Raketen, darunter Mistral Raketen, sowie Luft-Luft-Raketen, u. a. der Typen AIM-9J/M Sidewinder, Python und Shafrir, und Bomben (Typen: Paveway II und JDAM).

Chile hat in den letzten Jahrzehnten die Bewaffnung seiner Luftwaffe ausgebaut, in vielen Fällen wurden hierfür gebrauchte, von anderen Staaten ausgemusterte Fluggeräte importiert und in Dienst gestellt. So wurden von den 22 in Dienst befindlichen bewaffneten EMB-314 Super Tucano Trainingsflugzeugen 12 Maschinen zwischen 2009 und 2010 aus Brasilien importiert. Sechs weitere Maschinen desselben Typs folgten 2018; vier weitere 2020. Für diese hat Chile zwischen 2010 und 2020 auch regelmäßig Flugzeugmotoren beschafft. Für

die modernisierten Tigre-3 Kampfflugzeuge der Luftwaffe wurden 2001 insgesamt 140 Luft-Luft-Raketen aus Israel geordert; zwischen 2006 und 2011 erhielt Chile 200 weitere Luft-Luft-Raketen für die in Dienst befindlichen F-16 Kampfflugzeuge. Aus Israel stammen auch die drei Hermes-900 Aufklärungsdrohnen in chilenischen Besitz. Diese wurden 2013 an Chile geliefert. Chile hat regelmäßig F-16 Abfangjäger beschafft; die zuletzt beschafften stammen vermutlich aus den Niederlanden, von wo aus zwischen 2010 und 2011 gebrauchte Exemplare geliefert wurden. Von den 27 T-35A/B Pillan Ausbildungsflugzeugen im Besitz der chilenischen Luftwaffe wurden 2013 sechs in Chile in Lizenz produzierte. Die drei KC-135 Stratotanker Tankflugzeuge der Luftwaffe wurden ebenfalls gebraucht zwischen 2010 und 2012 importiert. Die zwei gebrauchten KC-130H Hercules Tank- und Transportflugzeuge erhielt Chile zwischen 2015 und 2016. 2021 hat Chile außerdem zwei ausgemusterte C-130H Hercules Transportflugzeuge für die Luftwaffe aus den USA erhalten. Die jüngste Anschaffung für die chilenische Luftwaffe sind zwei E-3A Sentry AWACS, die Chile 2022 importiert hat. Die Hubschrauberflotte der Luftwaffe wurde 2018 um sechs S-70 Black Hawk Transporthelikopter aus polnischer Produktionslinie erweitert. Außerdem wurden Anfang des Jahrtausends zahlreiche Bell-412 Multifunktionshubschrauber importiert und in den Dienst der Luftwaffe gestellt; 2017 erhielt Chile einen weiteren Hubschrauber desselben Typs.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Carabineros:

20 gepanzerte Mannschaftstransporter

4 Transportflugzeuge

17 Transporthubschrauber

Einige Mörser (81mm)

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 4

Peacekeeping

Bosnien und Herzegowina (EUFOR): 6 Soldat:innen

Zypern (UNFICYP): 6 Soldat:innen

Mittlerer Osten (UNTSO): 3 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die jüngere Geschichte Chiles ist stark geprägt von der Diktatur General Augusto Pinochets (1973 bis 1988), die durch schwere, systematische Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet war und die zivil-militärischen Beziehungen bis heute (weit nach der demokratischen Transition 1988) maßgeblich beeinflusst. Der am 11. September 1973 mit Hilfe der Vereinigten Staaten durchgeführte Putsch Pinochets beendete die Regierung Salvador Allendes und dessen Unidad Popular und mit ihr die Ära der zivilen demokratischen Regierungen, die (mit wenigen kurzen Ausnahmen) bis ins Jahr 1833 zurückreicht. Unter der Militärdiktatur wurde der Kongress aufgelöst, der Ausnahmezustand über das ganze Land verhängt

und verfassungsmäßige Rechte ausgesetzt. Es folgte eine Periode der Repression, in der gezielt politische Gegner:innen verfolgt, verhaftet und getötet wurden. Eine wichtige Rolle spielten hierbei Spezialeinheiten des Militärs, wie die sog. Todeskarawane. Diese arbeiteten oft eng mit dem Geheimdienst (Dirección de Inteligencia Nacional, DINA) in der Bekämpfung von Oppositionellen, allen voran Mitgliedern der Kommunistischen Partei Chiles, zusammen. Nach Recherchen der chilenischen Wahrheits- und Versöhnungskommission, der sog. Rettig-Kommission, welche zwischen 1990 und 1991 Menschenrechtsverbrechen untersuchte, wurden während der Militärdiktatur 3.197 Menschen ermordet. Mehr als 40.000 wurden aus politischen Gründen gefoltert, weiteren 150.000 Menschen wurde aufgrund ihrer politischen Zugehörigkeit der Arbeitsvertrag gekündigt. Die Aufarbeitung und rechtliche Verfolgung dieser Verbrechen gestalteten sich jedoch auch nach der Transition schwierig. Dies lag unter anderem an personellen Kontinuitäten – so diente etwa Pinochet noch bis 1998 als Oberbefehlshaber der Streitkräfte – vornehmlich aber an der erlassenen Amnestie, welche für alle Straftaten gilt, die von Sicherheitskräften zwischen dem 11. September 1973 und dem 10. März 1978 begangen wurden. Pinochet selbst musste sich in Chile nie gerichtlich verantworten, da ihm im Jahr 2000 durch den Kongress der Status des Ex-Präsidenten zugeschrieben wurde, der ihm Immunität und den Erhalt seiner Bezüge garantierte. Bis auf wenige Ausnahmen blieben die meisten Mitglieder des Militärs – ähnlich wie Pinochet – strafrechtlich unbehelligt.

In den Fokus einer größeren Aufmerksamkeit geriet das Militär erneut im Jahr 2019. Unter Nutzung der Notstandsregelungen in der 1980 von Pinochet verabschiedeten Verfassung setzte der damalige Präsident Sebastián Piñera neben den Carabineros (siehe [Polizei und andere Sicherheitskräfte](#)) auch das Militär ein, um Proteste in Zusammenhang mit Fahrpreiserhöhungen niederzuschlagen. Hierbei kam es zu einer großen Zahl an Opfern. Nach Angaben von Amnesty International sollen in den zwei Monaten Protesten 13.000 Menschen verletzt und mindestens vier Menschen durch die Sicherheitskräfte getötet worden sein. Dieselben Notstandsregelungen wurden auch zwei Jahre später genutzt, um das Militär im Zuge der COVID-19-Pandemie für die Kontrolle von Ausgangsperren einzusetzen. Hier verlief der Einsatz aber ohne große Gewaltanwendung durch das Militär.

Allgemein wird Chile unter den „jüngeren“ Demokratien in Hinblick auf die zivile Kontrolle des Militärs sehr gute Noten ausgestellt. Diese obliegt dem:der Präsident:in als zivile:m Oberbefehlshaber:in, welche:r über das zivile Verteidigungsministerium auch die Verteidigungspolitik bestimmt. Einzig das militärische Beschaffungswesen unterliegt kaum der zivilen bzw. parlamentarischen Kontrolle. Seit 1958 regelt das sog. Kupfergesetz, dass 10 (unter Pinochet 15) % der Exporteinnahmen der staatlichen Kupfergesellschaft Corporación Nacional del Cobre (CODELCO) direkt an die drei Teilstreitkräfte abgeführt und diesen für Beschaffungen zur Verfügung gestellt werden. Das Gesetz wurde zwar 2019 offiziell abgeschafft, gilt aber für eine Übergangsperiode weitere 13 Jahre.

Zu einer direkten politischen Einflussnahme durch das Militär kam es in der jüngeren Vergangenheit nicht. Das Verhältnis zwischen Militär und Gesellschaft bleibt aber weiterhin belastet. So gaben im 2018 in Chile durchgeführten World Value Survey nur 47 % der Befragten an, dem Militär zu vertrauen. Daten des Latinobarometers aus dem Jahr 2023 zufolge, geben 56 % der Befragten an, etwas bis viel Vertrauen in die Streitkräfte zu haben. Nachdem das Vertrauen zwischen 2018 und 2020 massiv sank, konnte demnach seither allerdings etwas Vertrauen zurückgewonnen werden.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	1,7	1,6	1,4	1,4	1,5

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Kommentar

Chile besitzt zwei Polizeieinheiten, die zivile Policía de Investigaciones de Chile (PDI) und die paramilitärische Carabineros de Chile. Erstere ist die zentrale Strafverfolgungsbehörde des chilenischen Innenministeriums. Mit rund 5.000 Beamt:innen ist sie zuständig für alle strafrechtlichen Ermittlungen. Zweitere, die Carabineros de Chile, eine 35.000 Beamt:innen umfassende paramilitärische Einheit, übernimmt allgemeine vollzugspolizeiliche Aufgaben, wie die Kontrolle und Sicherung des Straßenverkehrs, die Bekämpfung von Drogenkriminalität und die Grenzkontrolle. Zu den Carabineros de Chile gehört seit 1979 auch die Grupo de Operaciones Policiales Especiales (GOPE), die Spezialeinsatzkräfte der chilenischen Polizei. Die GOPE-Einheiten werden in Gefahrensituationen in ganz Chile eingesetzt. Zu ihren Aufgaben gehören das Auffinden und die Entschärfung von Explosivmitteln, Geiselnbefreiung und Festnahmen unter schwierigen Bedingungen. Zu den Sicherheitskräften gehört auch die Agencia Nacional de Inteligencia (ANI), Chiles Geheimdienst. Dieser wurde 2004 ebenfalls unter dem Kommando des Innenministeriums eingerichtet. Die Aufgabe der ANI ist die Sammlung nachrichtendienstlicher Informationen im Zusammenhang mit nationalen Sicherheitsbedrohungen wie Terrorismus, Spionage, organisierter Kriminalität und Cyber-Bedrohungen. Sie unterstützt außerdem die Streitkräfte, die Polizei und andere Regierungsstellen des Landes mit nachrichtendienstlichen Informationen. Sie umfasst derzeit circa 125 Mitarbeiter:innen.

Historisch bedingt ist das Verhältnis zwischen Sicherheitskräften und der breiteren Bevölkerung ein durchaus ambivalentes, waren doch einige der genannten Einheiten bzw. deren Vorläufer maßgeblich an der Repression der politischen Opposition zu Zeiten der Militärdiktatur (1973-1988) beteiligt. Insbesondere die Carabineros de Chile und die Vorläufer des heutigen Geheimdienstes, die Dirección de Inteligencia Nacional (DINA) und später der Central Nacional de Informaciones (CNI) spielten hier eine zentrale Rolle. Erstere waren damals direkt dem Verteidigungsministerium unterstellt und bekämpften im Namen des Staates politische Gegner:innen des Regimes unter Pinochet. Insgesamt wurden im Nachhinein seitens der Nationalen Kommission für politische Gefangenschaft und Folter (Valech Kommission) 27.255 politische Gefangene anerkannt, die unter der Militärherrschaft unrechtmäßig inhaftiert wurden. Darüber hinaus wurden, wie bereits erwähnt, etwa 3.000 Chilen:innen ermordet und etwa 40.000 gefoltert. Nach der demokratischen Transition wurden die Carabineros wieder dem Innenministerium unterstellt, sie behielten aber ihre paramilitärische Struktur weiter bei. Eine juristische Aufarbeitung der Verbrechen fand in Chile kaum statt. Angehörige des Militärs und des Geheimdienstes wurden im Zuge der Aufarbeitung verurteilt; unter ihnen etwa der Chef der ehemaligen Geheimpolizei DINA, Manuel Contreras. Dies bildet aber die

Ausnahme. Die Carabineros bleiben weitgehend unangetastet. Erinnerungen an die personellen Kontinuitäten innerhalb der Sicherheitskräfte, insbesondere der Carabineros, und Rufe nach einer Polizeireform wurden erneut 2019 laut, als diese die massiven Proteste gegen die damalige Regierung unter Sebastián Piñera mit teilweise tödlicher Gewalt niederschlugen (13.000 Verletzte, insgesamt 23 Tote). Nach einem Bericht von Amnesty International von 2020 herrscht innerhalb der chilenischen Polizei immer noch eine Tradition der Straffreiheit. So wurden im Zeitraum der Proteste von 2019 (Oktober bis November) über 4.000 Beschwerden über die chilenische Nationalpolizei (inklusive der Carabineros) bei der chilenischen Staatsanwaltschaft eingereicht. Insgesamt wurden im Jahr 2019 8.500 Anschuldigungen über Menschenrechtsverletzungen gegen die Polizei hervorgebracht. Diese führten aber zu keinen nennenswerten disziplinarischen Maßnahmen. So wurde die Reform der Carabineros auch ein zentrales Wahlkampfthema und Wahlversprechen vom linken Präsidentschaftskandidaten Gabriel Boric. Dieses wurde jedoch nach dessen Wahl nicht eingelöst.

Angesichts sehr hoher kriminalitäts- und insbesondere Mordraten durchliefen die Sicherheitskräfte, allen voran die Carabineros, jedoch seit einigen Jahren einen Imagewandel in der Bevölkerung; weg von der Wahrnehmung als Repressionsorgan hin zur Anerkennung als legitimes Sicherheitsorgan. Wurde die Arbeit dieser noch Ende 2019 einer Umfrage des chilenischen Meinungsforschungsunternehmens Insight Chile zufolge von lediglich 35 % der Befragten für gut befunden, drückten im April 2023 knapp 80 % ihre Zufriedenheit aus. Angesichts sich häufender Angriffe auf Polizeibeamt:innen wurden im April 2023 im Eiltempo neue verschärfte Gesetze zur Verbrechensbekämpfung verabschiedet. Die als Naín-Retamal Gesetze bekannten Änderungen sehen unter anderem vor, dass Schusswaffengebrauch in Selbstverteidigungssituationen durch Polizeibeamt:innen und Mitglieder der Carabineros per se als gerechtfertigt angesehen und nur in Ausnahmefällen untersucht wird, bei denen ein begründeter Zweifel an der Angemessenheit besteht. Widerstand gegen diese Gesetze regte sich nur vereinzelt.

Diversität in den Sicherheitskräften

Chile erkennt formell das Prinzip der Nichtdiskriminierung hinsichtlich des Geschlechts an; Frauen dürfen grundsätzlich in fast allen Positionen der Sicherheitskräfte dienen. 2016 wurde noch berichtet, dass die Marineinfanterie und U-Boot-Service für Frauen geschlossen war – eine Begründung oder aktuellere Informationen hierzu liegen jedoch nicht vor. Auch LGBTQIA+-Personen können seit 2012 offen in allen Rängen der Streitkräfte und der Polizei arbeiten. In diesem Jahr wurden sämtliche dahingehenden Beschränkungen aufgehoben. Institutionell sind Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität sowohl in den Streitkräften als auch im Verteidigungsministerium also untersagt. Zur Umsetzung wurde u.a. ein „Committee for Diversity and Non-Discrimination“ eingerichtet, das Diskriminierungsfälle prüfen und sanktionieren kann. 2020 wurde erstmals ein transgender Mann offiziell in die Armee aufgenommen.

Gleichwohl bestehen weiterhin strukturelle Herausforderungen. 2025 reichte eine transgender Frau Klage wegen systematischer Diskriminierung bei den nationalen Polizeikräften (Carabineros) ein. Repräsentationsdaten zeigen zudem deutliche Unterschiede zwischen formaler Gleichstellung und tatsächlicher Teilhabe: 2019 lag der Frauenanteil beim aktiven Polizeipersonal laut UNODC bei 33,4 %. In höheren Diensträngen betrug ihr Anteil lediglich rund 15 %. Unter Gefängnisaufseherinnen und -aufsehern lag der Frauenanteil zuletzt bei 31,4 %. Insbesondere aber innerhalb der Streitkräfte sind Frauen deutlich unterrepräsentiert: 2016 betrug ihr Anteil in der Armee nur 9,8 %, in der Marine 8,4 % und in der Luftwaffe 3,2 %. Bis

2024 stieg der Gesamtanteil von Frauen in den Streitkräften auf rund 21,5 % an. Nicht zuletzt dürfte diese Verteilung aber auch darauf zurückzuführen sein, dass der Militärdienst für Frauen – im Gegensatz zu Männern – nicht verpflichtend ist. Im Dezember 2025 waren von 14 in UN-Peacekeeping-Missionen entsandten chilenischen Streitkräften vier Frauen. Verpflichtende oder offiziell anvisierte Quotenregelungen sind nicht bekannt. Ähnlich gering ist die Beteiligung von Frauen in außen- oder verteidigungspolitischen Komitees (23,1 bzw. 15,4 % im Jahr 2021). Das Außenministerium war zuletzt im Jahr 2023 von einer Frau besetzt; das Verteidigungsministerium hat mit Maya Fernández Allende – Enkelin von Salvador Allende – derzeit eine weibliche Führung.

Bereits 2009 etablierte Chile als erstes Land Lateinamerikas einen Nationalen Aktionsplan zur UN-Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit – der zudem bereits ein drittes Mal erweitert wurde und interministeriell gilt. Die Ziele der UN-Agenda werden also in einem whole-of-government-Ansatz umgesetzt. Ergänzend existieren institutionelle Gleichstellungsmechanismen wie ein ministerielles Gender Advisory Board sowie ein einheitlicher Beschwerdeprotokollrahmen – auch für die Sicherheitskräfte – gegen sexuelle und arbeitsbezogene Belästigung. Insgesamt zeigt sich damit ein leichtes Spannungsverhältnis zwischen fortschrittlichem normativem Rahmen und anhaltenden Defiziten bei Repräsentation und gelebter Gleichstellung, insbesondere in höheren Führungspositionen. Familienpolitische Regelungen der Streitkräfte entsprechen im Wesentlichen den allgemeinen arbeitsrechtlichen Standards (etwa durch bezahlten Mutterschaftsurlaub von bis zu 18 Wochen und bestehenden Kinderbetreuungsangeboten). Im regionalen wie weltweiten Vergleich schneidet Chile summa summarum aber sehr gut ab.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Nicht kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Nicht kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Nicht kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](#)).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Chile ist, mit Ausnahme des Meeresboden-Vertrages von 1972, allen wesentlichen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten; so etwa auch dem Internationalen Waffenhandelsvertrag von 2014 (Arms Trade Treaty, kurz: ATT), der den Handel mit konventionellen Waffen regelt sowie den illegalen Handel mit konventionellen Waffen und deren Abzweigung verhindern soll. Die wichtigsten Bestimmungen der Anti-Personenminenkonvention (Bestimmungen aus Artikel 1 Abs. 1) setzte das Land bereits vor offizieller Ratifikation um, d.h. dass Chile erklärte, Anti-Personenminen weder einzusetzen, zu besitzen, herzustellen oder zu erwerben. 2020 verkündete es zudem die vollständige Säuberung seines Staatsterritoriums von Anti-Personenminen.

Darüber hinaus ist Chile Teil regionaler Abrüstungs- und Rüstungskontrollinitiativen (siehe hierzu den entsprechenden Kommentar „[Regionale Rüstungskontrolle](#)“). Weder die EU noch die UN haben derzeit Sanktionen bzw. ein Waffenembargo gegen Chile verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5**Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2024**

Zu Chile liegt kein aktuellerer Jahresbericht (2025/2026) vor, daher im Folgenden die Zusammenfassung des Jahres 2024:

Chile has been working toward a new constitution since massive demonstrations in 2019 called for reform. In 2022, voters rejected a draft written by a constitutional convention, and in 2023, they rejected a new draft developed by a constitutional council. President Gabriel Boric said his administration would not attempt to develop another draft. Although Chile still has one of the lowest crime rates in Latin America and the Caribbean, murders have increased in recent years, and crime is a major concern for Chileans. Chile's laws and policies make it very difficult for migrants and asylum seekers to obtain legal status, pushing them to remain outside the law. In February, the government placed the armed forces in charge of patrolling the northern border, a hot spot for irregular migration. President Boric has consistently promoted human rights abroad, regardless of the political ideology of the government committing the abuses.

Quelle: Human Rights Watch World Report 2024

<https://www.hrw.org/world-report/2024/country-chapters/chile>

Box 6**Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026**

Impunity continued for human rights violations committed during the 2019 social uprising. Much-demanded police reform remained unimplemented. Migration policy continued to lack a human rights perspective. Violence persisted against children, adolescents, women and human rights defenders. The state of emergency continued in the south of the country, with more than 60 extensions.

Quelle: Amnesty International Report 2026

[The State of the World's Human Rights: April 2026 - Amnesty International](#)

Box 7**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2025**

Bewertung für Chile auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 57/60

Politische Rechte: 38/40

Gesamtbewertung: Frei (95/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2025

Chile is a stable democracy that has experienced a significant expansion of political rights and civil liberties since the return of civilian rule in 1990. Ongoing concerns include corruption and unrest linked to land disputes with Indigenous Mapuche people.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/chile/freedom-world/2025>

Kommentar

Chile ist allen wesentlichen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Während der Militärdiktatur unter Augusto Pinochet beging der Staat massive Menschenrechtsverletzungen und unterdrückte politische Opposition systematisch. Die demokratischen Regierungen arbeiteten diese Verbrechen nur teilweise auf, verfolgen jedoch bis heute Verantwortliche strafrechtlich. So verurteilten chilenische Gerichte im Juni 2022 den ehemaligen Militäroffizier Miguel Krassnoff sowie zwei frühere Polizeioffiziere wegen der Ermordung eines Lehrers im Jahr 1975. Für Krassnoff stellte das Urteil bereits die 80. Verurteilung dar.

Im Zuge der sozialen Proteste nach der Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr von Santiago im Oktober 2019 setzte die Polizei teils exzessive Gewalt gegen Demonstrierende und unbeteiligte Personen ein. Die Behörden nahmen Hunderte Menschen fest und klagten sie wegen mutmaßlicher Straftaten an; zahlreiche Betroffene befanden sich noch lange in Untersuchungshaft. Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch dokumentierten Berichte über Misshandlungen, Folter und sexualisierte Gewalt in Haft. Amnesty International kritisierte, dass Gerichte Untersuchungshaft teils unverhältnismäßig lange anordneten und in einzelnen Fällen Beweise manipuliert worden seien. Von rund 11.000 Beschwerden wegen mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen durch Staatsbedienstete erhob die Staatsanwaltschaft bis Ende 2022 nur in 140 Fällen Anklage; 17 Verfahren endeten mit einer Verurteilung. Ein Gericht verurteilte unter anderem einen ehemaligen Hauptmann der Carabineros, der Fabiola Campillai durch den Einsatz eines Tränengaskanisters schwer verletzte und ihr damit dauerhaft das Augenlicht sowie den Geruchs- und Geschmackssinn nahm. Auch im Fall des Demonstranten Gustavo Gatica leitete die Justiz Verfahren gegen einen verantwortlichen Polizeikommandanten ein. Die Vorfälle verstärkten Forderungen nach einer umfassenden Polizeireform. Zwar verabschiedete das Parlament 2022 Reformen zur Stärkung von Transparenz und ziviler Kontrolle, doch garantieren diese keine vollständig unabhängigen Ermittlungen. Zudem kündigte die Regierung 2022 ein Entschädigungsprogramm für mehr als 400 Personen an, die während der Proteste Augenverletzungen erlitten. Gleichzeitig räumt das geltende Recht den Carabineros weiterhin weitreichende Befugnisse bei Festnahmen ein. Ein Gesetz, das im April 2023 in Kraft trat („Ley Naín-Retamal“) erweitert die Befugnisse von Polizist:innen zudem hinsichtlich der Selbstverteidigung und legt fest, dass bei repressivem Vorgehen grundsätzlich von berechtigter Notwehr ausgegangen wird.

Human Rights Watch zufolge setzen Sicherheitskräfte ihre Befugnisse seit Jahren teilweise diskriminierend gegen Migrant:innen, Frauen und sozial benachteiligte Personen ein. In Chile leben schätzungsweise 1,4 Millionen Migrant:innen, überwiegend aus Venezuela, Peru und Haiti. Sie werden wiederholt Ziel xenophober Proteste und Übergriffe. Die

Vereinten Nationen äußerten 2021 Besorgnis über zunehmende Fremdenfeindlichkeit, die sich in Hassrede, Demonstrationen und gewaltsamem Vorgehen von Sicherheitskräften gegen Migrant:innen äußerte. Zwar stellt die irreguläre Einreise nach chilenischem Recht keine Straftat dar, doch können Behörden Migrant:innen unmittelbar nach Grenzübertritt ausweisen. Unter Präsident Sebastián Piñera (2018–2022) schob die Regierung Migrant:innen teils kollektiv ab und verstärkte die militärische Präsenz in Grenzregionen. Präsident Gabriel Boric beendete diese Praxis nach seinem Amtsantritt.

Auch im Verhältnis zu indigenen Gemeinschaften, insbesondere den Mapuche im Süden des Landes, kommt es regelmäßig zu gewaltvollen Auseinandersetzungen und zur Verletzung von Menschenrechten (siehe hierzu auch den Kommentar zu „[Spannungen und Inneren Konflikten](#)“). In diesem Kontext kritisieren Beobachter:innen wiederholt unverhältnismäßige Polizeieinsätze und unfaire Gerichtsverfahren. Aufsehen erregte der Tod eines jungen Angehörigen der Mapuche und die Verletzung eines weiteren Jungen. Auf beide hatte die Polizei im Rahmen des fälschlichen Vorwurfs, in einen Raub verwickelt zu sein, geschossen. Die betreffenden Polizist:innen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Im Fall des Mapuche-Aktivisten Alberto Curamil schossen Sicherheitskräfte bei einem Protest auf ihn und verweigerten ihm zunächst medizinische Hilfe. Curamil ist als Sprecher der Mapuche in der Region Araucanía bekannt, insbesondere wegen seines Widerstands gegen Infrastrukturprojekte.

Geschlechtsspezifische Gewalt

Das United States Department of State weist für Chile auf erhebliche Probleme mit geschlechtsspezifischer Gewalt hin, darunter Vergewaltigungen, häusliche Gewalt und Femizide. Zwischen Januar und September 2022 registrierten die Behörden 29 Femizide; Frauenrechtsorganisationen meldeten im selben Zeitraum 35 Fälle. Die Femizid Rate lag 2023 bei rund 0,4 pro 100.000 Frauen und damit innerhalb Lateinamerikas an unterster Stelle. Zum Vergleich: Für Bolivien werden 1,4, für Argentinien 1,1 und für Peru 0,9 Femizide pro 100.000 Frauen ausgewiesen. Mit 21,9 Vergewaltigungen pro 100.000 Frauen im Jahr 2023 liegt Chile jedoch eher im Mittelfeld Lateinamerikas. Die Nachbarländer Argentinien und Bolivien weisen eine Inzidenz von 14,0 bzw. 36,1 Fälle pro 100.000 Frauen auf. Am wenigsten Fälle weist Uruguay auf (mit 8,9) und am meisten Grenada (mit 101,6). Laut UNFPA-Daten schneidet Chile regional auch im Hinblick auf häusliche Gewalt einigermaßen gut ab: mit einer 12-Monats-Prävalenz von 3,7 % liegt Chile im Vergleich zu seinen Nachbarländern an zweitunterster Stelle. Eine Umfrage aus dem Jahr 2020 ergab, dass rund 25 % der befragten Frauen Gewalt in der Beziehung innerhalb der letzten 12 Monate erlebten – allerdings inkludiert diese Umfrage auch psychologische (17 %), ökonomische Gewalt (11 %), sexuelle (4 %) sowie direkte physische Gewalt (3 %).

Im Bereich der reproduktiven Rechte wurden in den vergangenen Jahren nur begrenzte Fortschritte erzielt. Seit 2017 sind Schwangerschaftsabbrüche in Chile in drei Ausnahmefällen straffrei: bei Lebensgefahr für die Schwangere, bei fehlender Lebensfähigkeit des Fötus sowie nach Vergewaltigung. In der Praxis erschweren jedoch weitreichende Möglichkeiten zur ärztlichen Gewissensverweigerung den tatsächlichen Zugang zu entsprechenden Eingriffen. Insgesamt sieht es um die körperliche Selbstbestimmung von Frauen hier also schlecht bestellt aus; die reproduktive Autonomie gilt hier entsprechend als eingeschränkt.

Die Rechte von LGBTQIA+-Personen² wurden zuletzt hingegen deutlich gestärkt. Im März 2022 trat ein Gesetz in Kraft, das die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnete und ihnen die gemeinsame Adoption von Kindern ermöglicht. Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität ist gesetzlich untersagt. Gleichwohl dokumentieren

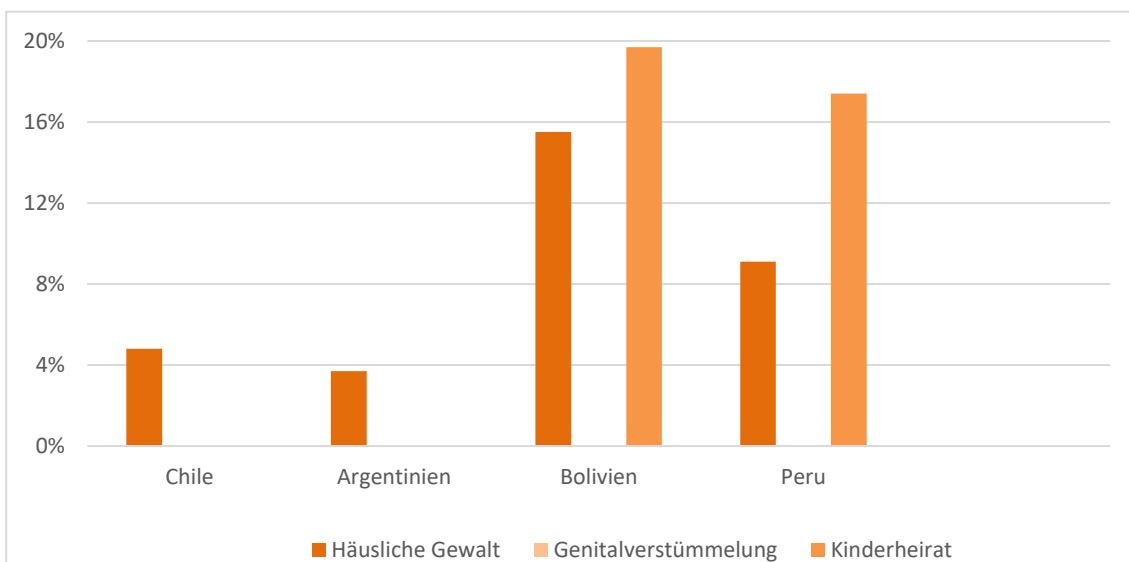
² lesbian, gay, bisexual, transgender, intersex, queer/questioning, asexual

zivilgesellschaftliche Organisationen weiterhin zahlreiche Fälle von Gewalt und Diskriminierung. So wurden 2021 insgesamt 1.114 Beschwerden wegen Übergriffen oder Benachteiligungen aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität registriert. Im Equaldex erreicht Chile weltweit allerdings den siebten Platz. Hier weist es hinsichtlich der rechtlichen Situation 100 von 100 möglichen Punkten – in der gesellschaftlichen Akzeptanz allerdings nur 60/100.

Kinder- und Jugendrechte sind in Chile rechtlich umfassend verankert, unter anderem durch gesetzliche Garantien zum Schutz Minderjähriger, die 2022 etabliert wurden. Gleichwohl bestehen weiterhin Defizite bei der praktischen Umsetzung, insbesondere im Bereich des Schutzes vor Gewalt gegen Minderjährige und vor Kinderarbeit sowie bei institutionellen Betreuungs- und Unterstützungsstrukturen. Im Jahr 2024 arbeiteten 240.744 bzw. 9,8 % der 5- bis 14-jährigen Kinder – vor allem im urbanen Raum; 10,4 % der 15- bis 17-jährigen (74.098) arbeiteten zudem in besonders gefährlichen oder gesundheitsschädigenden Sektoren.

Schaubild 5

**Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region:
Prävalenz weiblicher Genitalverstümmelung, Häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %**



Quelle: United Nations Population Fund; [GBV Data explorer](#)

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung

Chile has an established democracy and faces no serious risk of an authoritarian reversal. However, for at least the last six years, it has experienced complex political and economic conditions. Over the last year of the review period, the Chilean economy weakened considerably. At the same time, the political system has deteriorated, hindering the decision-making process. The system of representation has shown signs of considerable decline for several years. This is reflected particularly in a) the weakening of the political-economic consensus due to the emergence of new forces advocating a major overhaul of the economic system; b) the growing fragmentation of the party system; and c) declining levels of trust in political

institutions and parties. Within this context, the 2019 protest movement emerged, fueled by demands for improved material conditions. This in turn triggered a deep political crisis, which was accompanied by numerous episodes of violence, and was brought under control only through an agreement to enact a new constitution. Thus, although the pandemic helped calm the political climate (despite severely impacting the economy), the Sebastián Piñera government (2018 – 2022) ultimately found itself in a very weak position, which led it to initiate a process of constitutional revision.

The victory of former student activist Gabriel Boric in the 2021 presidential election further energized the reformist agenda. In September 2022, a national referendum was held on a draft constitution strongly backed by the government and left-leaning sectors. However, this resulted in a major defeat for the reformists: the "Reject" option won by a wide margin of 62% to 38%. Following this setback, a new agreement was reached in early 2023 to relaunch the constitutional reform process, with elections for a new Constitutional Council held in May 2023. This time, the process was dominated by a significant right-wing majority. Yet this second attempt also failed, as voters rejected the new draft in a December 2023 referendum, with 56% voting against and 44% in favor.

Hence, after two years of debate over constitutional reform, Chile has yet to resolve its political crisis, which therefore remains ongoing. Signs of political deterioration are evident, including high levels of fragmentation, growing political polarization and low public trust in institutions. In addition, immigration has emerged as a major concern, fueling intense political debate.

Quelle: [BTI 2026 Chile Länderbericht: BTI 2026](#)

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Chile 63 von 100 möglichen Punkten (2024: 63 Punkte). Damit liegt das Land gleichauf mit Brunei Darussalam, St. Vincent und die Grenadinen sowie Südkorea. Deutschland erzielte 77 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2025>

Spannungen und innere Konflikte

Mit dem Ende der Militärdiktatur unter General Augusto Pinochet konsolidierte Chile sein demokratisches System weitgehend und verhinderte bislang ein Wiedererstarken autoritärer Strukturen. Zwischen 1989 und 2005 gewann das Mitte-Links-Bündnis Concertación die Wahlen und stellte die Regierung. Es setzte eine Kommission zur Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen des Militärregimes ein. Zudem schaffte es die Regierung, das wirtschaftliche Wachstum zu steigern und die Armutsquoten entsprechend zu senken sowie die Möglichkeiten zur politischen Partizipation zu verbessern. Insgesamt stieg damit die Zufriedenheit innerhalb der chilenischen Gesellschaft. In den Folgejahren sank jedoch die Wahlbeteiligung deutlich und spiegelte eine zunehmende Entfremdung vieler Bürger:innen von den politischen Parteien wider. Nach einem Wahlsieg der politischen Rechten 2009 organisierten Studierende 2011 landesweite Proteste, die zu historischen Protestwellen anwuchsen. Sie forderten kostenfreie Hochschulbildung und eine umfassende Reform des Bildungssystems. Das Mitte-Links-Bündnis griff zentrale Forderungen auf und gewann die darauffolgenden Wahlen wieder. Gleichwohl führten wirtschaftliche Eintrübungen erneut zu wachsender Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Im Oktober 2019 löste eine Erhöhung der Fahrpreise im Metrosystem von Santiago landesweite Proteste aus. Innerhalb weniger Tage eskalierten Teile der Demonstrationen; es kam unter anderem zu Brandstiftungen und Plünderungen. Zugleich mobilisierten die Proteste breite gesellschaftliche Unterstützung: Am 25. Oktober 2019 versammelten sich über

eine Million Menschen in Santiago zu einer überwiegend friedlichen Großdemonstration. Inhaltlich richtete sich der Protest zunehmend gegen das Wirtschaftssystem und das politische System insgesamt. Die Demonstrierenden prangerten soziale Ungleichheit, unzureichende sozioökonomische Perspektiven und eine Krise der politischen Repräsentation an.

Ab 2020 schwächten vor allem die strikten Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie die Protestdynamik ab. Zugleich löste der teils exzessive Gewalteininsatz der Polizei gegen mehrheitlich friedliche Demonstrierende weitere, wenn auch kleinere Proteste aus. Insgesamt sank in den vergangenen Jahren die Zufriedenheit mit dem demokratischen System wieder; das Vertrauen in zentrale Institutionen ging deutlich zurück. Auch im Kontext der Pandemie wuchs die Kritik an der Regierung. Chile verhängte lange Lockdowns, schloss Schulen über Monate hinweg und verzeichnete einen drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die meisten Chilen:innen bewerteten das Krisenmanagement der Regierung negativ.

Die Mehrheit der indigenen Gemeinschaften, die rund 12 % der Bevölkerung ausmachen, erkennt die Legitimität des chilenischen Staates grundsätzlich an. In der südlichen Region Araucanía bestehen jedoch anhaltende Spannungen zwischen staatlichen Stellen und kleineren Gruppen des indigenen Volkes der Mapuche. Im Zentrum stehen vor allem Landansprüche sowie teilweise Forderungen nach politischer Autonomie. Die Zahl und Intensität gewaltsamer Zwischenfälle nahmen im letzten Jahrzehnt zu. Beteiligte Gruppen besetzen bspw. Land, verüben Brandanschläge – häufig auf Holztransporter –, errichten Straßenblockaden oder setzen lokale Produzent:innen unter Druck. Jährlich werden hunderte solcher Vorfälle dokumentiert, überwiegend in ländlichen und dünn besiedelten Gebieten. Viele Taten bleiben strafrechtlich ungeahndet. 2020 kam erstmals ein Lastwagenfahrer bei einem solchen Angriff ums Leben. Der Konflikt weitete sich in den letzten Jahren zudem auf angrenzende Regionen aus.

Im Januar 2021 führte der Staat eine großangelegte Anti-Drogen-Operation in der indigenen Gemeinschaft Temucuicui durch, die vollständige Unabhängigkeit vom chilenischen Staat fordert. Dabei wurde ein Polizist erschossen und elf weitere verletzt. Vertreter:innen der Gemeinschaft kündigten daraufhin an, eine eigene interne Sicherheitsstruktur aufzubauen, da sie den Zutritt nationaler Polizeikräfte ablehnen. Insgesamt registrierten die Polizeibehörden im vergangenen Jahrzehnt hunderte Angriffe in der Region Araucanía. Angehörige der Carabineros verletzten dabei wiederholt die Menschenrechte indigener Aktivist:innen (siehe Kapitel zur [Achtung der Menschenrechte im Empfängerland](#)). Die Regierung setzte zuletzt eine Kommission zur Förderung von Dialog und Landrückgabe („Comisión para la Paz y el Entendimiento“) ein; die Umsetzung verläuft bislang schleppend. 2024 legte die Kommission einen Abschlussbericht zur Lösung des Mapuche-Konflikts vor. Dieser sieht unter anderem eine Verfassungsänderung sowie die institutionelle Anerkennung indigener Rechte vor. Angesichts anhaltender Gewalt und eines wiederholt verlängerten Ausnahmezustands in Teilen Araucánias scheiterten jüngste Verfassungsreformprozesse allerdings. Somit gilt noch die Verfassung von 1980.

In ärmeren Stadtteilen Santiagos liefern sich rivalisierende Gruppen, die in Drogenhandel und Schmuggel verwickelt sind, Territorialkämpfe. Diese Auseinandersetzungen führen regelmäßig zu Gewalttaten und Tötungsdelikten. Die Polizei greift in diesen Gebieten nur eingeschränkt durch. Während der Unruhen 2019 verübten Unbekannte hunderte Angriffe auf Polizeistationen; ein Teil dieser Taten wird lokalen, in den Drogenhandel involvierten Gruppen zugeschrieben.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Chile liegt im Südwesten Südamerikas und hat eine Nord-Süd-Ausdehnung von circa 4.200 Kilometern, während die West-Ost-Ausdehnung lediglich knapp 200 Kilometer beträgt. Es grenzt im Norden an Peru, im Nordosten an Bolivien und im Osten an Argentinien. Im Südwesten grenzt es an den Pazifik. Es hat eine Flächengröße von rund 750.000 Quadratkilometern. Chile hatte 2024 19,8 Millionen Einwohner:innen. Rund die Hälfte der Einwohner:innen lebt in der Metropolregion rund um die Hauptstadt Santiago. Aufgrund klimatischer Bedingungen sind die nördlichen und die südlichen Gebiete des Landes sehr dünn besiedelt.

Im 16. Jahrhundert kolonialisierte Spanien das Land; nach langem Kampf erzielte Chile 1810 die Unabhängigkeit. Ethnisch gesehen hat die große Mehrheit der Chilen:innen europäische Vorfahr:innen, circa zwölf % der chilenischen Bevölkerung sind Indigene, von denen die Mehrheit den Mapuche angehört, eine Minderheit den Aymara, den Diaguita und den Rapanui.

Politische Situation in der Region

In der südamerikanischen Region gelten Chile, Argentinien und Uruguay als vergleichsweise stabil. Zugleich verzeichnen mehrere Staaten laut Fragile State Index ein „warnendes“ Maß an staatlicher Fragilität, darunter Chiles Nachbarstaaten Bolivien und Peru sowie Brasilien, Paraguay, Ecuador und Kolumbien. Der Zustand staatlicher Fragilität Venezuelas gilt sogar bereits als „alamierend“. Der Bertelsmann Transformation Index (BTI) stuft lediglich Chile und Uruguay als „democracies in consolidation“ ein; alle übrigen südamerikanischen Staaten gelten als „defective democracies“. Freedom House bewertet Bolivien, Ecuador, Peru und Paraguay nur als „teilweise frei“, während Chile und die meisten anderen Staaten der Region als „frei“ gelten. Lediglich Venezuela gilt als „nicht frei“. Nach dem Rule of Law Index des World Justice Project weisen in Südamerika nur Chile und Uruguay ein vergleichsweise hohes Maß an Rechtsstaatlichkeit auf; Bolivien schneidet schwach und Venezuela sehr schwach ab – die übrigen Staaten bewegen sich im Mittelfeld.

Bolivien bleibt seit den umstrittenen Wahlen von 2019, die zum Rücktritt von Präsident Evo Morales führten, politisch tief gespalten. Die Auseinandersetzung zwischen jenen, die von einem Putsch sprechen, und jenen, die Morales' Partei Wahlmanipulation vorwerfen, politisierte die Justiz weiter und verschärfte gesellschaftliche Spannungen. Im Oktober 2024 wurde auf Morales' Fahrzeug geschossen. Während die Opposition von einer Inszenierung sprach, blieb der genaue Tathergang laut deutschsprachigen Medien zunächst unklar und ist bis heute nicht verifizierbar. Später warf die Regierung Morales vor, bei einer Polizeikontrolle selbst auf Beamt:innen geschossen zu haben. Kurz darauf stürmten mutmaßliche Anhänger von Morales eine Militärstation und nahmen rund 200 Militärangehörige zeitweise als Geiseln. Die Vorfälle verdeutlichen die anhaltend hochgradige Polarisierung des Landes.

Auch Peru durchlief in den vergangenen Jahren erhebliche politische Turbulenzen. Umstrittene Verfahren bei der Ernennung von Verfassungsrichter:innen sowie die Auflösung des Kongresses verschärfen institutionelle Spannungen. 2020 regierte die Exekutive zeitweise per Notstandsregelungen ohne effektives Gegengewicht; die Parlamentswahlen führten zu weiterer Fragmentierung. Nachdem das Parlament Präsident Pedro Castillo Ende 2022 des Amtes enthoben hatte und dieser im Gegenzug versuchte, den Kongress aufzulösen, eine „Ausnahmeregierung“ auszurufen und per Dekret zu regieren, brachen landesweite, teils gewaltsame Proteste aus. Sicherheitskräfte nahmen Castillo fest; sein Vorgehen stieß

parteiübergreifend und entlang des gesamten politischen Spektrums auf Kritik. Die Proteste, in denen Demonstrierende unter anderem eine neue Verfassung und Castillos Freilassung forderten, spiegeln die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System wider. Bis Mitte Februar 2023 kamen rund 60 Menschen ums Leben, die meisten von ihnen Zivilist:innen; über 1.400 Personen wurden verletzt. Amnesty International sieht Hinweise darauf, dass das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte mit Präsidentin Dina Boluarte abgestimmt war bzw. einer entsprechenden Befehlskette folgte.

Während der COVID-19-Pandemie traten die strukturellen Probleme der Region erneut deutlich hervor. Extreme soziale Ungleichheit, schwaches Wirtschaftswachstum und fragmentierte Sozialsysteme verschärften die Krisenfolgen. In zahlreichen Ländern kam es zu Protesten gegen festgefahrene Entwicklungsparadigmen. Kaum eine Regierung Südamerikas überzeugte mit einem durchgängig effektiven Krisenmanagement; besonders deutlich zeigte sich dies in Brasilien unter Präsident Jair Bolsonaro. Bereits 2019 hatten in mehreren Staaten – darunter Chile, Kolumbien und Ecuador – massive Proteste gegen soziale Ungleichheit eingesetzt. Die Pandemie intensivierte diese politischen Spannungen und vertiefte gesellschaftliche Polarisierungen.

Grenzkonflikte

Chile wies Perus unilateralen Beschluss zurück, die maritime Grenze nicht länger entlang des Breitengrades, sondern als Äquidistanzlinie mit südwestlicher Achse zu ziehen. Peru rief daraufhin 2008 den Internationalen Gerichtshof an. Dieser entschied 2014 zugunsten Perus und legte eine neue Seegrenze fest. Chile verlor dadurch Ansprüche auf bestimmte maritime Gebiete und übertrug diese an Peru. Mit der Umsetzung des Urteils legten beide Staaten ihren jahrzehntelangen Seerechtsstreit formell bei.

Bolivien erneuerte seine Forderung nach einem souveränen Zugang zum Pazifik, der infolge des Salpeterkriegs (1879–1884) verloren ging. Chile, dem das betreffende Küstengebiet 1884 zugesprochen wurde, weist diese Ansprüche zurück. Der sogenannte Atacama-Korridor würde Bolivien einen eigenen Zugang durch den Norden Chiles zur Pazifikküste verschaffen. Ein 2013 vorgebrachter Rechtsfall vor den IGH seitens Bolivien wurde 2018 entschieden: Chile sei dem IGH zufolge rechtlich nicht verpflichtet, entsprechende Verhandlungen mit Bolivien zu führen. Zwar nahmen beide Staaten zeitweise (ab 2021) Dialogformate wieder auf, doch eine substanzielle Annäherung zeichnet sich nicht ab; der Konflikt bleibt politisch sensibel.

Mit Argentinien besteht weiterhin eine nicht vollständig abgeschlossene Grenzregelung im Bereich des Campo de Hielo Sur (Südliches Patagonisches Eisfeld) in den Anden. Für einen rund 60 Kilometer langen Abschnitt zwischen Cerro Fitz Roy und dem Berg El Murallón legten beide Staaten bislang keine endgültige Grenzlinie fest. Eine 2001 eingesetzte bilaterale Grenzkommission soll die Demarkation vornehmen; der Prozess ist jedoch weiterhin nicht abgeschlossen. Der Konflikt hat aber eine geringe politische Relevanz und gilt eher als technisches Problem.

Darüber hinaus überschneiden sich Chiles territoriale Ansprüche in der Antarktis teilweise mit jenen Argentiniens und des Vereinigten Königreichs (zwischen dem 53. und 74. westlichen Längengrad). Im Gebiet zwischen dem 74. und 80. westlichen Längengrad bestehen weitere konkurrierende Ansprüche Chiles und Argentiniens. Aufgrund des Antarktisvertrags (1961) sind diese Ansprüche derzeit ausgesetzt, jedoch nicht aufgehoben.

Regionale Rüstungskontrolle

Die Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages von 1967 stellt einen wesentlichen Schritt in Hinblick auf "harte" Rüstungskontrolle in der Karibik und Südamerika dar. Chile ratifizierte

den Vertrag 1974. Der Vertrag verbietet das Testen, die Stationierung, den Besitz sowie die Herstellung von Nuklearwaffen in der Region. Kritisch ist, dass der Vertrag nicht zu weiteren Mechanismen zur konventionellen Rüstungskontrolle führte. Mit dem Ende des Kalten Krieges gab es in der Region Anstrengungen zur Etablierung vertrauensbildender Maßnahmen, deren Ziel jedoch im Bereich der "weichen" Rüstungskontrolle lagen und die vornehmlich den Austausch von Informationen, die Teilnahme an den UN-Berichterstattungsinstrumenten und die Einladung von Beobachter:innen zu Militärübungen umfassten. Zudem existiert die Inter-Amerikanische Konvention gegen die illegale Herstellung von und den illegalen Handel mit Feuerwaffen, Munition, Sprengstoffen und ähnlichen Materialien (Inter-American Convention against the Illicit Manufacturing of and Trafficking in Firearms, Ammunition, Explosives, and Other Related Materials), die 1997 verabschiedet wurde und die Chile 2003 ratifiziert hat. Sie ist für die Region das Hauptinstrument, um transnational der illegalen Proliferation von Feuerwaffen entgegenzuwirken. Hinzukommt die Inter-Amerikanische Übereinkunft zu Transparenz in der Beschaffung konventioneller Waffen (Inter-American Convention on Transparency in Conventional Weapons Acquisitions), die dem Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten zum Import und Export konventioneller Waffen dienen soll und 2002 in Kraft trat.

Ferner ist das UNLIREC (Regional Centre for Peace, Disarmament and Development in Latin America and the Caribbean), eine Regionalinstitution des United Nations Office for Disarmament Affairs, mit Programmen zur Implementierung und Umsetzung von Klein- und Leichtwaffenkontrollmechanismen sowie zum Kapazitätsaufbau in der Region aktiv.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Weder in Chile noch in den Nachbarstaaten Peru, Bolivien und Argentinien sind alliierte Streitkräfte stationiert. Lediglich in Kolumbien, das im Norden an Peru grenzt, sind 50 US-Soldat:innen im Rahmen des US Southern Commands stationiert.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Beigetreten	http://www.icao.int

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Chile ist allen wesentlichen internationalen Abkommen zur Terrorismusabwehr und -bekämpfung beigetreten. Das Terrorismuspotenzial in Chile ist grundsätzlich relativ gering, jedoch ist es in der vergangenen Dekade durchaus gestiegen. Es kommt mit indigenen Gemeinschaften im Süden des Landes zu Auseinandersetzungen, bei denen die chilenischen Behörden Anti-Terrorismus-Gesetze nutzen, um gegen indigene Mapuche vorzugehen. Dies wird von Menschenrechtsorganisationen kritisiert. In Folge von Brandanschlägen und Blockaden in der Region Araucania im Süden des Landes hat Chiles Präsident Gabriel Boric Ende 2022 von „terroristischer“ Gewalt durch Mapuche gesprochen. Laut dem Global Terrorism Index 2025 ist Chile das am zweitstärksten von Terrorismus betroffene Land Südamerikas und das am höchsten platzierte Land ohne aktiven Gewaltkonflikt weltweit (21. Platz weltweit). 2024 sank die Anzahl der verzeichneten Anschläge von 188 im Vorjahr auf 52. Allerdings kommt es selten zu Todesopfern bei solchen – zumeist von militanten Mapuche verübten (63 %) – Anschlägen.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Chile ist allen wesentlichen internationalen Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung beigetreten. Dennoch sieht sich das Land in der Praxis mit vielfältigen Formen organisierter Kriminalität konfrontiert. Diese manifestiert sich vor allem in losen kriminellen Netzwerken, häufig Familienklans, die in marginalisierten Stadtvierteln operieren und in Drogenhandel sowie Menschenhandel und -schmuggel involviert sind. Berichte dokumentieren zudem Korruptionsfälle, in die auch Staatsbeamt:innen verwickelt sind, insbesondere im illegalen lokalen Waffen- und Drogenhandel.

Chile fungiert als Ursprungs-, Transit- und Zielland von Menschenhandel. Tätergruppen zielen vor allem auf sexuelle Ausbeutung sowie auf Zwangsarbeit in Bergbau, Landwirtschaft, Baugewerbe und informellem Straßenhandel. Sie zwingen chilenische Frauen und Kinder ebenso wie Frauen und Kinder aus Asien und anderen südamerikanischen Staaten – insbesondere aus Kolumbien – in den Sexhandel. Hierfür agieren teils international vernetzte Strukturen mit komplexer Arbeitsteilung. Die Opfer stammen vor allem aus Nepal, Indien, Bolivien, Paraguay, Argentinien, der Dominikanischen Republik, Ecuador und China. Am Menschenschmuggel beteiligen sich neben transnational koordinierten kriminellen Netzwerken auch einzelne staatliche Funktionsträger, die illegale Grenzübertritte ermöglichen. Laut dem Trafficking in Persons Report des US-Außenministeriums (2022) erhöhte sich die Vulnerabilität von Migrant:innen hinsichtlich Menschenhandels während der COVID-19-Pandemie deutlich, da viele ihre Erwerbsgrundlage verloren und staatliche Restriktionen alternative Einkommensmöglichkeiten einschränkten. Chile erfüllt laut dem Bericht aber die US-amerikanischen Mindeststandards zur Bekämpfung des Menschenhandels – also hinsichtlich ernsthafter Strafverfolgung, Opferschutz und Prävention. Chile geht demnach aktiv und umfassend gegen den Menschenhandel vor.

Chile verzeichnet innerhalb Südamerikas die höchste Kokainkonsumrate und dient zugleich als Transit- und Zielland des Kokainhandels. Aufgrund seiner Lage zwischen den bedeutenden Produktionsländern Bolivien und Peru nutzen kriminelle Organisationen chilenisches Territorium als Transitkorridor nach Europa und Australien. In geringerem Umfang importieren Händler auch Heroin aus Kolumbien. Zudem stellt Chile einen wichtigen Zielmarkt für geschmuggeltes Cannabis dar, das überwiegend aus Paraguay und in geringerem Umfang aus Kolumbien stammt.

Kriminelle Akteure nutzen die bestehenden Schmuggelrouten nicht nur für Drogen, sondern auch für den illegalen Handel mit Waffen. Die steigende Nachfrage nach Kleinwaffen steht im Zusammenhang mit der Ausweitung des Drogenmarktes und der damit zusammenhängenden Zunahme von Tötungsdelikten. Trotz vergleichsweise niedriger Kriminalitätsraten im regionalen Vergleich stieg die Mordrate nach Angaben des Bundesstaatsanwalts zwischen 2016 und 2020 um 66 %. 2022 lag die Mordrate bei 6,7 pro 100.000 Einwohner:innen (1.322 gesamt). Im Organized Crime Index 2025 belegte Chile dennoch nur den 76. von 193 Plätzen weltweit und den 8. von 12 Plätzen innerhalb Südamerikas.

Zur Eindämmung und Verfolgung der organisierten Kriminalität sowie des Terrorismus (siehe vorherigen Kommentar) kooperiert Chile u.a. mit Interpol und Europol, bspw. hinsichtlich des Informationsaustauschs, gemeinsame Analysen und Prävention. Seit 2024 wurde zudem eine justizielle Zusammenarbeit mit der EU (Eurojust) beschlossen. Ziel ist auch hier der Kampf gegen organisierte Kriminalität, Drogenschmuggel, Waffenhandel, Geldwäsche sowie terroristische Netzwerke. Auch mit dem UN Office on Drugs and Crime (UNODC) arbeitet Chile zusammen und regional insb. mit der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) bzw. dessen Department against Transnational Organized Crime (DTOC).

Tabelle 15
Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Abkommen	Status	Quelle
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Chile erstattet regelmäßig Bericht gegenüber dem UN-Waffenregister über Exporte und Importe konventioneller Waffen, zuletzt 2024. Lediglich für die Jahre 2017 bis 2019 übermittelte das Land keine Informationen, so dass für diese Jahre nur die von Chiles Handelspartnern übermittelten Informationen zur Verfügung stehen. Dürftiger ist die Auskunft Chiles über Im- und Exporte von Klein- und Leichtwaffen (small arms and light weapons, kurz: SALW). Hier hat Chile für die Jahre 2007 bis 2012, 2014 bis 2016 und 2021 bis 2022 berichtet. In den restlichen Jahren sind keine Informationen oder nur Informationen mittels der Auskünfte von Handelspartnern verfügbar. Im Rahmen des Meldeinstruments der UN zu Militärausgaben hat Chile seit 2000 vierzehnmal – also eher unregelmäßig – Bericht erstattet, zuletzt 2024.

Hinsichtlich des Internationalen Waffenhandelsvertrages (ATT), dem Chile beigetreten ist (und der für das Land im Jahr 2018 in Kraft getreten ist), hat es in den letzten Jahren regelmäßig Berichte eingereicht, zuletzt 2024. Es erstattete sogar Bericht über das Jahr 2018, wobei ein solcher Jahresbericht erstmals 2019 fällig gewesen wäre. Die Berichte sind zudem allesamt öffentlich einsehbar und damit nicht nur staatlichen Akteuren vorbehalten. Chile hat außerdem im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons in den Jahren 2005, 2006, 2008, 2014, 2018, 2020 und zuletzt 2024 Berichte zur Verfügung gestellt.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Sicherstellung des Endverbleibs gelieferter Rüstungsgüter in Chile gestaltet sich problematisch. In der Vergangenheit führten Akteure Waffen bewusst illegal wieder aus, teilweise unter Verstoß gegen UN-Embargos. Zudem entwendeten Personen immer wieder Kleinwaffen aus den Beständen der nationalen Polizei und der Armee. Generell ist die Korruption innerhalb der Streitkräfte hoch, wie bspw. auch Transparency International im Government Defence Integrity Index 2020 feststellt. Deutschland lehnte entsprechend Rüstungsexporte nach Chile mindestens in den Jahren 2006, 2007, 2011, 2012, 2015, 2018 und 2020 ab, mit Hinweis auf Kriterium 7 des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union (Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen).

Laut der Ammunition Management Activity Platform (A-MAP) entwendeten Täter:innen zwischen 2010 und 2016 insgesamt 8.449 Kleinwaffen aus staatlichen Arsenalen Chiles. Zum Vergleich: In Mexiko verschwanden zwischen 2009 und 2021 knapp 900 Waffen. Noch im März 2022 verhafteten die Behörden einen zivilen Angestellten des chilenischen Militärs, der 50 Pistolen aus Armeebeständen auf einem Militärgelände in Santiago entwendet haben soll.

Diese hohe Anzahl an gestohlenen Waffen hängt eng mit Korruption zusammen. So klagte die Staatsanwaltschaft 2015 über 50 Mitglieder des chilenischen Militärs an, die Gelder

zwischen 8 und 11 Millionen US-Dollar für vermeintliche Beschaffungsvorhaben veruntreut hatten (Milicogate-Skandal). Der Skandal führte 2019 zur Änderung der sogenannten Kupfergesetze, die 10 % der Exporterlöse aus Kupfergeschäften direkt an die Armee für Beschaffungsvorhaben abführen, und 2022 zum Rücktritt des Armeechefs General Ricardo Martínez Menanteau.

Auch Fälle illegalen Waffenhandels in Verbindung mit Embargoverletzungen kamen in Chile in der Vergangenheit vor – diese liegen jedoch länger zurück. 2012 sprach der Oberste Gerichtshof die ehemaligen Generäle Hector Letelier und Vicente Rodriguez schuldig, 1991 11 Tonnen Waffen und Munition als humanitäre Hilfe getarnt nach Kroatien verkauft zu haben. Kroatien stand damals aufgrund des Krieges im ehemaligen Jugoslawien unter UN-Embargo. Neben sieben weiteren Personen soll auch der damalige Befehlshaber der Streitkräfte, General Pinochet, in den Deal involviert gewesen sein – insgesamt wurden wahrscheinlich rund 370 Tonnen Waffen und Munition geliefert.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung

Meanwhile, the economic situation shows little sign of improvement. Chile's economy saw a marginal 0.2% expansion in 2023, followed by a stronger rebound in 2024, with GDP growth rising to nearly 2.6% on the back of a revival in exports and domestic demand. Nonetheless, growth remains modest, with no clear prospects for a substantial recovery, even as public demands for social progress persist.

Quelle: [BTI 2026 Chile Länderbericht: BTI 2026](#)

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

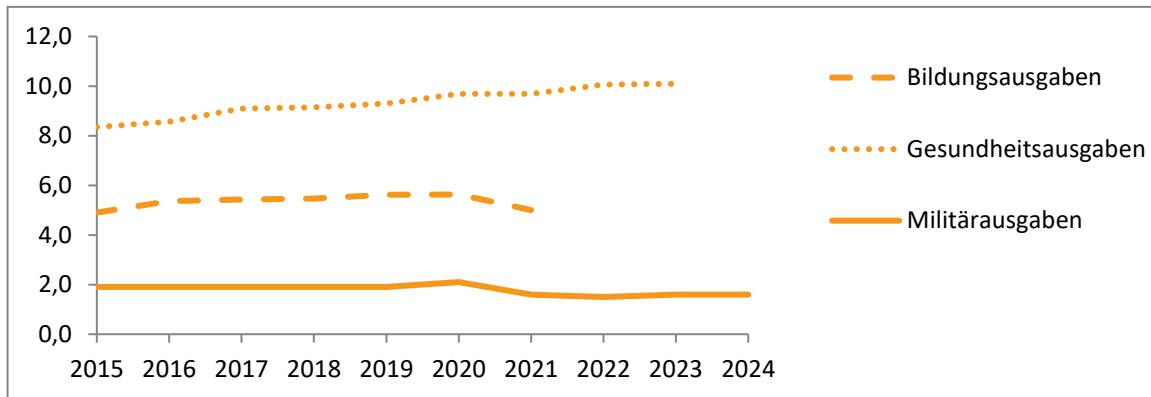
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	6212	5643	5207	5470	5521
Militärausgaben/BIP	2,1	1,6	1,5	1,6	1,6
Gesundheitsausgaben/BIP	9,7	9,7	10,1	10,1	-
Bildungsausgaben/BIP	5,6	5,0	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 6

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in %



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	-	-	-	-	-
Anteil am BIP (in %)	-	-	-	-	-
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	-	-	-	-	-
Net ODA (% of GNI)*	-	-	-	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	-	-	-	-	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	118	106	103	104	103
Index-Platzierung	55	63	62	67	68

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2020	2021	2022	2023	2024
Peru	Militarisierungswert	95	89	90	92	84
	Index-Platzierung	79	86	85	81	94
Bolivien	Militarisierungswert	93	89	82	89	89
	Index-Platzierung	81	87	93	85	89
Argentinien	Militarisierungswert	59	52	57	59	55
	Index-Platzierung	130	134	129	129	136

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in %

		2021	2022	2023	2024	2025
Peru	Militärausgaben (absolut)	3207	3105	3366	2543	2427
	Militärausgaben/BIP	1,2	1,1	1,2	0,9	0,8
Bolivien	Militärausgaben (absolut)	583	458	614	571	570
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,0	1,3	1,2	1,2
Argentinien	Militärausgaben (absolut)	4111	4620	5058	4180	3731
	Militärausgaben/BIP	0,6	0,7	0,8	0,7	0,6

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2024).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

Tabelle 21

Human Development Index (HDI) & Gender Development Index (GDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,867	0,856	0,865	0,869	0,878
HDI-Wert (Männer)	0,879	0,867	0,875	0,879	0,891
HDI-Wert (Frauen)	0,851	0,841	0,851	0,856	0,862

	2019	2020	2021	2022	2023
GDI-Wert	0,968	0,970	0,973	0,974	0,967

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/CHL>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

Frauen in der Wirtschaft und Politik

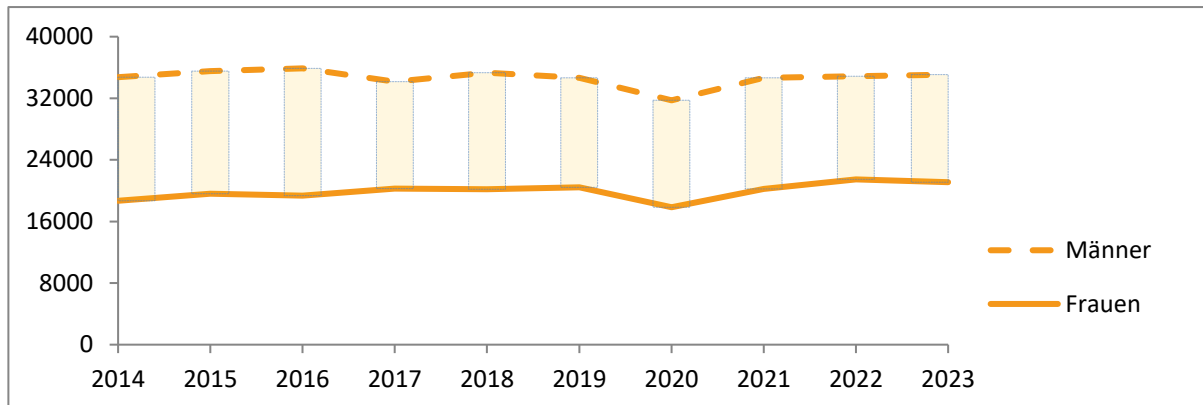
Dem Gender Development Index (GDI) zufolge gehört Chile zur Gruppe der Länder mit „mittlerer bis hoher“ Gleichheit zwischen den Geschlechtern, hinsichtlich Entwicklungsgewinnen. Der GDI setzt die HDI-Werte von Frauen und Männern – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsjahren und Einkommen – ins Verhältnis zueinander, wobei ein Wert von 1 vollständige Gleichstellung anzeigt. Mit einem GDI von 0,973 liegt Chile über dem globalen Durchschnitt von 0,955. Die Disparität zwischen den Geschlechtern (HDI-Wert für Männer von 0,891 gegenüber 0,862 für Frauen) geht fast ausschließlich auf Einkommensdisparitäten zurück: Frauen haben zwar eine etwas höhere Lebenserwartung (83 zu 79 Jahren) und mittlerweile auch etwas mehr erwartete Bildungsjahre (erwartete durchschnittliche Schuldauer für heute geborene Kinder: 17,2 gegenüber 16,6 Jahre für Männer) – liegen jedoch hinsichtlich der Einkommen noch immer extrem weit zurück. Beim kaufkraftbereinigten Pro-Kopf-Einkommen erzielen Männer 2023 rund 35.091 US-Dollar; Frauen nur 21.087 Dollar. Diese hohe Einkommensdisparität verringerte sich innerhalb der letzten Dekade zudem nur leicht, wie auch dem folgenden Schaubild zu entnehmen ist. Lag die Differenz 2014 noch bei rund 16.000 Dollar, lag sie 2023 noch bei etwa 14.000 - sie ging damit um rund 12,5 % zurück. Das Gehalt von Frauen lag 2014 damit also bei nur rund 54 % desjenigen von Männern; 2023 lag es noch immer bei nur rund 60 %.

Im Global Gender Gap Report 2025 nahm Chile nichtsdestotrotz die 22. Stelle weltweit ein (regional: vierter Platz). Demnach liegt der Gender Wage Gape bei gerade einmal 13,6 %. Insbesondere hinsichtlich des Zugangs zu Bildung (auch im tertiären Sektor) und Gesundheit besteht auch laut diesem Report eine hohe Gleichheit. Doch auch hier zeigt sich, dass Frauen insb. hinsichtlich ökonomischer Dimensionen stark benachteiligt sind – was insbesondere auf den hohen Anteil von Frauen in Teilzeit sowie in unbezahlter Carearbeit zurückgeht. Auch besetzen Frauen in Vorständen nur etwa 17 % der Positionen. Die Erwerbsquote ist mit rund 53 % bei Frauen ebenfalls deutlich niedriger als bei Männern (72,2 %).

Politisch gilt die Repräsentation von Frauen jedoch als recht stark: So bestehen Quotenregelungen für Wahllisten und Parität im Hinblick auf Ministerialämter (12 von 24). Im Unter- und Oberhaus sind Frauen zumindest mit 35 % (54 von 154 Sitzen) bzw. 26 % (13 von 50 Sitzen) vertreten.

Dem Weltbankprogramm Women, Business and the Law (WBL) 2.0 zufolge schneidet Chile insgesamt also gut ab: Frauen genießen formal viele Rechte, etwa in Mobilität, Elternschaft, Ehe und Zugang zu Kinderbetreuung. Gleichzeitig bestehen deutliche Lücken bei Sicherheit, Lohngleichheit, Unternehmertum und Rentengleichstellung, und Expert:innen sehen die praktische Umsetzung dieser Rechte noch als unzureichend an. Insgesamt sind die rechtlichen Rahmenbedingungen stark, die tatsächliche Förderung und Absicherung von Frauen im Alltag jedoch noch ausbaufähig.

Schaubild 7

Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)

Quellen: Gender Development Index

Zusammenfassung Kriterium 8:

Der Weltbank zufolge gehört Chile mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 15.750 US-Dollar (2024) zu den Ländern mit einem hohen Einkommen („high income economies“). Chile weist konstante Human Development Index-Werte auf, die dem Land eine „sehr hohe menschliche Entwicklung“ attestieren. Chile ist im Vergleich zu seinen Nachbarländern recht hoch militarisiert. Das Land belegte auf dem Ranking des Globalen Militarisierungsindex (GMI) 2025 allerdings nur den 68. Rang, was einer „moderaten“ Militarisierung entspricht; mit zuletzt 1,6% des BIP gibt das Land nicht übermäßig viel für sein Militär aus.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Nationaleinkommen von 15.750 US-Dollar (2024) pro Kopf gehört Chile nach Klassifikation der Weltbank zu den Ländern mit einem hohen Einkommen („high income economies“). Chile ist damit das Land mit den höchsten Einkommen in Lateinamerika. Informationen zum Grad der Auslandsverschuldung des Landes liegen nicht vor – beim IWF hat das Land derzeit allerdings keine Kredite aufgenommen. Die gesamte Staatsverschuldung liegt zudem mit rund 44 % am BIP aber im nicht bedenklichen Bereich.

Generell ist die chilenische Wirtschaft vergleichsweise robust aufgestellt. Etwa ein Drittel des BIP wird über Exporte erzielt. Exportiert werden vor allem Rohstoffe wie Mineralien und Metalle (zusammen rund 50 % der Gesamtausfuhren). Chile verfügt über die größten bekannten Kupfervorkommen der Welt und ist der weltgrößte Kupferexporteur (rund 43 % der Ausfuhren). Abnehmer sind neben China vor allem die USA und Japan. Der Anteil der Renten aus der Förderung natürlicher Ressourcen am BIP ist mit fast 17 % entsprechend ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei machen in Chile hingegen lediglich 3,9 % des BIP aus. Dieser Sektor ist besonders anfällig für Wetter- und Klimarisiken, arbeitsintensiv und erzielt zugleich nur geringe Wertschöpfung. Entsprechend besteht hier keine besondere Vulnerabilität. Das verarbeitende Gewerbe trug hingegen 9 % zum BIP bei, die gesamte Industrie einschließlich Bauwirtschaft rund 30 %. Der Dienstleistungssektor bildet mit 56,1 % des BIP damit den wichtigsten Wirtschaftsbereich.

Die Wirtschaftskrisen der letzten beiden Dekaden – die Weltwirtschaftskrise 2007/2008 und die Krise im Zuge der COVID-19-Pandemie (2020) – hat das Land wirtschaftlich relativ

unbeschadet überstanden. Zwar schrumpfte das chilenische BIP 2009 um 1,1 und 2020 um 6,1 %, verzeichnete aber schon jeweils im Folgejahr wieder ein Wachstum von 5,9 bzw. 11,3 %. So hält auch der Internationale Währungsfonds in seinem Protokoll zu den letzten Konsultationen mit Vertreter:innen des Landes (2022) fest, dass sich die chilenische Wirtschaft dank der außergewöhnlich starken politischen Unterstützung rasch von der Pandemie erholte. Angesichts des gestiegenen privaten Verbrauchs und nicht zuletzt wegen des russischen Krieges gegen die Ukraine stieg jedoch die Inflation im Land, welche seit 2022 zwischen 6,6 und 9,7 %, also recht hoch, lag. Seit 2022 lag zudem das BIP-Wachstum auch nur zwischen 0,5 und 2,6 % und fiel damit nur moderat aus.

Auch wenn die Wirtschaft insgesamt als unterdurchschnittlich komplex im Verhältnis zum Einkommensniveau des Landes bewertet wird und Chile im Economic Complexity Index (ECI) lediglich Rang 85 belegt, scheint die chilenische Wirtschaft insgesamt relativ schockresistent. Allerdings hat sich die wirtschaftliche Komplexität des Landes in den vergangenen zehn Jahren um 13 Plätze verschlechtert, was insbesondere auf die geringe Diversifizierung der Exporte zurückgeführt wird.

Soziale Entwicklung

Chile gehört mit einem HDI-Wert (Human Development Index) von 0,878 zu der Kategorie der „sehr hohen menschlichen Entwicklung“ (Rang 45 von 193). Im Vergleich zu seinen Nachbarländern schneidet Chile hier gut ab (Argentinien 0,865; Peru 0,794; Bolivien 0,733). Entsprechend des hohen Entwicklungsstandes gehört das Land auch nicht der Kategorie der sog. Least Developed Countries (LDC) an. Das Land empfing in den letzten Jahren Entwicklungshilfen, jedoch in sehr geringem Umfang. Zwischen 2008 und 2017 lagen diese im Schnitt bei 130 Mio. US-Dollar, sie sanken zuletzt (2017) auf 70 Mio. US-Dollar ab. Am Bruttonationaleinkommen machte die empfangene Entwicklungshilfe nur etwa 0,1 % aus und ist damit marginal.

Im Jahr 2023 lebten 0,5 % der chilenischen Bevölkerung unter der extremen Armutsgrenze von drei US-Dollar am Tag; ein geringer Wert (im selben Jahr verzeichnete z. B. die USA einen Wert von 1,2 %, genauso wie das Nachbarland Argentinien). Die 2020 deutlich angestiegene Arbeitslosigkeit (von 7,5 auf 11 %) lag im Jahr 2024 nach Schätzungen der ILO bei 8,7 %, was immer noch relativ hoch ist. Sie ist für Männer und Frauen annähernd gleich. Jugendliche (15-24 Jahre) sind in Chile jedoch weit mehr von Arbeitslosigkeit betroffen. Nahezu jede:r vierte Jugendliche:r war 2020 im Zuge der Pandemie ohne Arbeit. 2024 lag die Quote immer noch bei 21 %. Problematisch stellt sich zudem die generell hohe Ungleichheit im Land dar. Zwar ging der Gini-Koeffizient über die letzten 30 Jahre deutlich zurück (von 57 in 1990 auf 43 in 2022) - dennoch ist dies ein hoher Wert und weist auf eine große Einkommensdisparität hin. Dementsprechend vermerkt der Sustainable Development Report, dass Chile hinsichtlich der Erreichung von SDG 10 („reduced inequalities“) vor erheblichen Herausforderungen steht.

Trotz relativ hoher sowie konstant wachsender Gesundheitsausgaben – 2023 waren es 10,1 %/BIP – ist die medizinische Versorgung in Chile im OECD-Durchschnitt unterdurchschnittlich. Bspw. stehen durchschnittlich pro 1.000 Einwohner:innen lediglich 1,9 Krankenhausbetten zur Verfügung – Tendenz sinkend (weltweiter Mittelwert: 3,3 Betten; Tendenz steigend). Die Zahl der ausgebildeten Ärzt:innen (3,5 pro 1.000 Einwohner:innen) liegt über dem weltweiten Durchschnitt (1,9) aber unter dem OECD-Durchschnitt (3,9 pro 1.000 Einwohner:innen). Noch größer ist die Diskrepanz bei Pflegekräften: hier weist Chile lediglich 4 auf 1.000 Einwohner:innen auf – die OECD durchschnittlich 9. Hinzukommt eine starke Diskrepanz zwischen den Leistungen der öffentlichen und privaten Krankenversicherung, die besonders während der COVID-19-Pandemie zu Tage trat. Diese überforderte das Gesundheitswesen und forderte rund 50.000 Todesopfer.

Im Bereich der Mütter- bzw. Kindersterblichkeit liegt Chile (10/100.000 bzw. 6/1.000 Lebendgeburten) jedoch unter dem weltweiten Durchschnitt (197/100.000 bzw. 27/1.000). Die Spaltung der Gesellschaft zwischen Arm und Reich macht sich auch im Bildungssystem Chiles bemerkbar. Nach der Ära Pinochets wurde der Großteil des Bildungssystems privatisiert. Dementsprechend zog sich der Staat massiv aus der Finanzierung des Bildungssystems zurück. Mit 5,0 % des BIP (2021) sind die Bildungsausgaben mittlerweile aber wieder angemessen hoch. Nach Angaben der OECD werden insbesondere im Tertiärbereich jedoch 60 % der Investitionen privat finanziert; der OECD-Durchschnitt liegt mit lediglich 30 % nur halb so hoch. Entsprechend sind die Kosten eines Bachelor-Studiums so hoch wie in kaum einem anderen OECD Land. In der Vergangenheit gab es daher diverse Studierendenproteste, die den Erlass von Studienkrediten forderten.

Chile ist im Vergleich zu seinen Nachbarländern recht hoch militarisiert. Das Land belegte auf dem Ranking des Globalen Militarisierungsindex (GMI) 2025 allerdings nur den 68. Rang, was einer „moderaten“ Militarisierung entspricht; mit zuletzt 1,6 % des BIP gibt das Land nicht übermäßig viel für sein Militär aus.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

